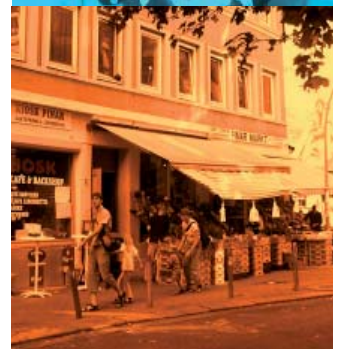
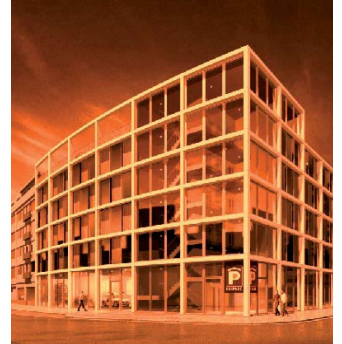


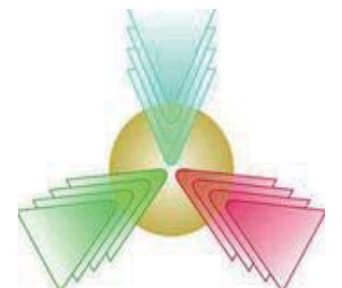
Alltagsorganisation und Zeitkonflikte in der „postfordistischen“ Stadt

Herausforderungen für die Entwicklung
städtischer Quartiere und Infrastrukturen
– Anforderungen an eine praxisnahe Forschung



Dokumentation des Workshop des VERA-Projekts
mit Praxispartnern und Entscheidern

Hamburg, Warburg-Haus
27. April 2007







Teilnehmer/innen	Institution	Funktion
Hartwig Backenhaus	Anwohnerinitiative JuLip	Sprecher
Michael Baltzer	Schule Bei der Katharinenkirche	Elternratsvorsitzender
Ulrike Barthe-Rasch	Schule Bei der Katharinenkirche	Schulleiterin
Ulrike Baumheier	Universität Bremen	VERA, Team Zeitpolitik
Jürgen Bruns-Berentelg	HafenCity Hamburg GmbH	Geschäftsführer
Frank Engelbrecht	Hauptkirche St. Katharinen	Pastor
Andreas Gleim	Behörde für Bildung und Sport	Leiter der Rechtsabteilung
Ingolf Goritz	GAL Fraktion Hamburg-Mitte	Mitglied im Sanierungsbeirat
Monika Heuss	Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Beirat Mitte	Sprecherin
Christiane Hollander	Mieter helfen Mietern	Sanierungsbeirat
Prof. Dieter Läßle	HafenCity Universität Hamburg	VERA, Team Stadtökonomie, Projektleitung
Prof. Ulrich Mückenberger	Universität Hamburg	VERA, Team Zeitpolitik, Projektleitung
Sara Nierhoff	HafenCity Universität Hamburg	VERA, Team Stadtökonomie
Susanne Peeger	Universität Hamburg	VERA Projektkoordination
Bianca Penzlien	HafenCity Hamburg GmbH	Assistentin der Geschäftsführung
Thomas Pohl	Universität Hamburg	VERA, Team Geographie
Dr. Detlev Söffler	Senatsressort für Bau, Umwelt und Verkehr	Referent
Andrea Soyka	HafenCity Universität Hamburg	VERA, Team Stadtökonomie
Henrik Stohr	HafenCity Universität Hamburg	VERA, Team Stadtökonomie
Anne Vogelpohl	Universität Hamburg	VERA, Team Geographie
Prof. Jörn Walter	Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt	Oberbaudirektor
Susanne Wittek	Universität Hamburg	VERA Projektkoordination





1 Einleitung

Hintergrund des Workshops

Die alltägliche Organisation des Lebens und Arbeitens in städtischen Quartieren unterliegt angesichts der sich vollziehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen einem tief greifenden Wandel: Im Gefolge der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen verlagern sich z.B. häuslich-regenerative Tätigkeiten aus der Familie nach außen (Betreuung, Pflege). Arbeitszeiten unterliegen einer zunehmenden Flexibilisierung; die Zeiten, in denen die städtische Gesellschaft aktiv ist und in denen Freizeit- und Versorgungseinrichtungen in Anspruch genommen werden, dehnen sich aus. In der Folge geraten die lebensweltlichen Zeitrhythmen und -bedürfnisse von Individuen, Familien und Gruppen unter den Druck von Zeitstrukturen, die durch Erwerbsarbeit, Transportmittel, Dienstleistungen, schulische und soziale Einrichtungen vorgegeben werden. Im Zuge der Ausdehnung von Nutzungszeiten treten zugleich Koordinationszwänge auf, die im Alltag neue Zeitkonflikte bewirken. Diese Entwicklungen ziehen sich jedoch nicht gleichförmig durch die stadtreionale Gesellschaft, sondern sie ergreifen verschiedene städtische Teilräume in unterschiedlicher Weise.

Die Teilprojekte des VERA-Forschungsverbundes stellen deshalb drei Stadtquartiere in den Fokus, die – auf je spezifische Weise – von einem Umbruch der sie prägenden ökonomischen und gesellschaftlichen Alltagsrhythmen betroffen sind: Das Schanzenviertel und die HafenCity in Hamburg sowie das Stephaniviertel im Bremen. In drei „Realexperimenten“ versuchen die VERA-Teams, die planenden und zivilgesellschaftlichen Akteure vor Ort dabei zu unterstützen, den Wandel konstruktiv zu gestalten. Die Veränderungsprozesse werden wissenschaftlich begleitet und es werden Instrumente entwickelt, die helfen sollen, dass vor Ort - im Dialog der Akteure - Lösungen entwickelt werden, die einerseits den alltäglichen Anforderungen der städtischen Bevölkerung gerecht werden und die andererseits zur Aushandlung gesellschaftlicher Raum-Zeit-Konflikte beitragen.

Ziel des Workshops

Den Hintergrund für den Workshop bildete die Grundannahme realexperimenteller Forschung, wonach Wissensproduktion nicht mehr als linearer Prozess des Forschens, der Wissensproduktion und der anschließenden Übertragung in den jeweiligen Anwendungskontext zu verstehen ist. Realexperimentelle Forschung hingegen zielt auf eine Wissensgenerierung, die durch kontinuierliche Rückkopplungsschleifen zwischen Wissenschaft und Praxis gekennzeichnet ist. Der Workshop diente in erster Linie dem Ziel, mit den Praxispartnern, Entscheidern und Stakeholdern der drei Teilprojekte des VERA-Forschungsverbundes die jeweiligen Praxisprojekte zu diskutieren.

Ablauf des Workshops

Zu Beginn des Workshops wurde am Beispiel der drei von VERA betrachteten Projekte erörtert, dass sich der Wandel städtischer Alltagswelten als ein Nebeneinander vielfältiger Entwicklungsprozesse darstellt, die sich wiederum in unterschiedlich strukturierten Stadträumen in je spezifischer Weise manifestieren. Eine bedeutende Rolle spielt dabei das Entwicklungsstadium, in dem sich das jeweilige Stadtquartier befindet und aus dem heraus sich sehr unterschiedliche Herausforderungen für die Gestaltung alltagsgerechter Stadtstrukturen und die Aushandlung von Nutzungskonflikten ergeben. Im zweiten Abschnitt wurden die im Rahmen der VERA-Forschung eingesetzten Instrumente zur Erhebung und Visualisierung städtischer Nutzungsmuster und Angebotsstrukturen in den Fokus gerückt. Dabei wurde erörtert, wie die so genannten „Chronomaps“ weiterentwickelt werden könnten, um für gesellschaftliche und planerische Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse im Zuge der Entwicklung städtischer Quartiere fruchtbar zu werden. Im dritten Teil des Workshops wurden die in den Realexperimenten zur Anwendung gebrachten Dialogverfahren zur Ermittlung der Bedarfe und zur Aushandlung von Konflikten verschiedener Stadtnutzer vorgestellt. Es wurde diskutiert, inwieweit die unterschiedlichen Ausgangslagen den Einsatz von Beteiligungsverfahren in den drei Realexperimenten begrenzt bzw. ermöglicht haben und auch mit welchen Risiken der Einsatz von Dialogverfahren unter bestimmten Rahmenbedingungen verbunden sein kann. Schließlich wurden Anregungen formuliert, wie die von VERA eingesetzten Methoden für die weiteren Gestaltungsprozesse in den untersuchten Stadtteilen fortgeführt bzw. weiterentwickelt werden könnten.





2 Stadtquartiere im Umbruch – Neue Muster der Arbeits- und Alltagsorganisation und ihre Folgen für die Nutzung städtischer Räume und Infrastrukturen

Einführung Dieter Läßle

Herzlich willkommen im Namen des VERA-Teams an diesem besonderen Ort, den Aby Warburg sich Mitte der 20er Jahre als Denk- und Arbeitsort hat bauen lassen. Dieser war geplant als Laboratorium des Geistes und der Raum, in dem wir sitzen, heißt „Arena der Wissenschaft“. Ich finde es phantastisch, dass dieser Ort nicht nur Museum ist, sondern auch belebt wird unter anderem durch Workshops wie diesen.

Nun einige Anmerkungen zu unserem Workshop: Bei einem Workshop vor anderthalb Jahren standen unsere so genannten Realexperimente im Mittelpunkt. Dabei ging es wesentlich um die eher theoretischen Fragen des Realexperimentes. Wir haben für uns selbst explizit gemacht, dass wir derartige Formen der Forschungsbegleitung und –gestaltung nur durchführen können, wenn wir einen anderen Wissenschaftsbegriff haben, der nicht mehr geprägt ist durch einen disziplinären Zugang, sondern der im Wesentlichen geprägt ist durch einen Anbindungskontext. In der Diskussion wird dieses auch „Mode 2 of knowledge“ genannt. Der Wissenschaftsprozess ist kein linearer Prozess des Forschens, der Wissensproduktion und der Anwendung mehr, sondern besteht aus kontinuierlichen Rückkopplungsschleifen zwischen Wissenschaft und Praxis. In diesem Sinne wird nicht in Denker und Handler unterschieden, sondern es ist klar, dass Praxisakteure auch ihre Wissenskontexte haben, die wesentlich sind für die Bearbeitung der Probleme, vor denen wir stehen. Im Mittelpunkt unseres heutigen Workshops stehen daher diesmal die Fragen der Praxis. Und es ist phantastisch, dass wir nun Praxispartner, Entscheider und Stakeholder hier haben, um mit ihnen die jeweiligen Praxisprojekte zu diskutieren.

Der Titel „Alltagsorganisation und Zeitkonflikte in der postfordistischen Stadt“ ist vielleicht erklärungsbedürftig. Daher werde ich noch einmal etwas Einschränkendes zu der postfordistischen Stadt sagen. Der Hintergrund unserer Auseinandersetzung mit Raum-Zeit-Problemen ist ein tief greifender Transformationsprozess der Stadt, den man zunächst eher negativ beschreiben kann. Die Stadtstrukturen, die sich mit der Industrialisierung herausgebildet haben, waren im Wesentlichen geprägt durch Standardisierung, Normierung und Trennung von Funktionen. Sie waren gekennzeichnet durch eine ausgeprägte funktionale räumliche und zeitliche Trennung der Arbeits- und der Lebenswelt und damit auch eine Trennung von Arbeitszeit und Freizeit. Was wir gegenwärtig erleben, ist nun nicht, dass das alte Modell, das fordistische Modell der Funktionstrennung, Standardisierung und Normierung, ersetzt wird, sondern dass wir mit vielfältigen Formen der Entgrenzung, der Auflösung und der Neukonstitution konfrontiert sind, ohne dass sich ein konsistentes neues Modell ergibt.

Diese Formen der Entgrenzung und der Neuformierung sind mit vielfältigen Konflikten verbunden und bedürfen vielfältiger Gestaltung und Begleitung. Die entscheidenden Veränderungen, mit denen wir konfrontiert werden, lassen sich im Grunde mit zwei Stichworten beschreiben:

- 1) Die überdurchschnittliche Beschäftigungsdynamik im Bereich der wissens- und kulturbasierten Dienstleistungen, die oft mit dem Schlagwort der Transformation der Industriegesellschaft in die Wissensgesellschaft thematisiert wird. Hier ist deutlich, dass die neuen Arbeits- und Lebensformen nicht mehr in dem Korsett der alten industriellen Stadt funktionieren können, sondern dass die alte Stadtstruktur in vielfältiger Weise transformiert wird und damit auch eine Verschiebung der Funktionen aus den Unternehmen in den Stadtraum erfolgt. Richard Florida hat diese Tendenz mit dem Schlagwort formuliert: „Places replace companies as the key organisation units in our economy“ – also die Stadträume sind die neuen Kontexte auch für ökonomische Aktivitäten. Ähnliches gilt natürlich auch für Lebenszusammenhänge. Es ist nicht mehr der funktionsgetrennte, standardisierte, suburbane Raum gefragt, der über automobilen Vernetzung an andere Funktionen angeknüpft ist, sondern der funktionsgemischte Raum. Damit verbunden ist auch eine Aufwertung der Stadt.
- 2) Die zweite wichtige Veränderung, die vielleicht für die Transformation der Alltagsorganisation noch tief greifender ist, ist die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und insbesondere der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern. Wir erleben heute, dass das traditionelle Modell zur Disposition steht: Dieses noch männliche Normalarbeitsverhältnis mit der Hausfrauenehe, in dem die Form der Arbeitsorganisation auf einem impliziten Geschlechtervertrag basierte. Dieses Modell, das prägend für die industrielle Stadt war, löst sich auf.

Beide Tendenzen, die Zunahme der wissens- und kulturbasierten Dienstleistungen und die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, führen dann – das ist zumindest unsere These – zu einer Neubewertung der Stadt und insbesondere zu einer Neubewertung tradierter funktionsgemischter Stadtteile. Nun kann man über die Frage „Gibt es einen Trend zurück zur Stadt?“ lange und gut streiten. Es wird deutlich, dass wir diese komplexen Prozesse, die ich gerade angedeutet habe, über simple statistische Daten nicht einfach so beantworten können. Ich werde das daher noch einmal an einem Beispiel illustrieren. Hier sehen Sie eine Karte der Stadt Hamburg auf der Ebene der statistischen Einheiten. Und wenn wir uns ansehen, welche Stadträume wachsen und welche Stadträume schrumpfen, dann sehen wir quasi ein stochastisches Mosaik der Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung. Der Trend zurück zur Stadt lässt sich nicht simpel mit Wachstum und Schrumpfung thematisieren.



Hinter diesen statistischen Bestandskategorien bestehen tief greifende Transformationen. Einer dieser Aspekte wird deutlich, wenn wir schauen, wer eigentlich in welchen Quartieren wohnt. Bei Betrachtung der Repräsentationen bestimmter Altersgruppen sehen wir, dass die Altersstruktur im innerstädtischen Raum sehr stark geprägt ist durch eine Dominanz der eher Jungen und Aktiven (die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen). Doch auch das ist nur ein Element. Wenn wir über die Transformation der Stadt sprechen, dann sind das vielfältige Prozesse. Das ist nicht nur „die Stadt“, sondern es ist die Ausdifferenzierung der Stadträume nach unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen und nach unterschiedlichen Reproduktionsbedürfnissen.



Prägend für die ganzen Entwicklungen sind vielleicht zwei Schlagworte: Das eine wären „Paradoxien“. Wir haben das Paradox – das beispielsweise Michael Porter benennt – der Globalisierung und der zunehmenden Mobilisierung aller Aktivitäten und gleichzeitig einer Lokalisierung. Das Paradoxe wird auch deutlich, wenn wir die individuelle Ebene betrachten. Wir haben die steigende Bedeutung der Arbeitsnomaden, die zunehmend mobil sind. Doch gerade diese Arbeitsnomaden bedürfen einer neuen Lokalität. Wenn jemand ständig unterwegs ist mit seinem Laptop, dann kann er nicht irgendwo im suburbanen Raum leben, dann bedarf er einer differenzierten städtischen Struktur.

Neben diesen Paradoxien haben wir einen zweiten Aspekt, der von außerordentlicher Bedeutung ist: Die Ambivalenz. Und das möchte ich an einer Kategorie illustrieren, die gewissermaßen die Schlüsselkategorie der gegenwärtigen Stadtdiskussion ist: „Diversität“. Diversität scheint das Gegengift zu sein gegen die Zerstörung der Stadt, gegen die Aushöhlung der Urbanität. Diversität ist zum Leitbegriff der Stadtplanung geworden, wenn es darum geht, lebendige, urbane, dynamische, produktive Stadträume zu schaffen. Und gleichzeitig wissen wir, dass Diversität hochgradig ambivalent ist und das wird sich in unseren verschiedenen Praxisbeispielen zeigen. So zum Beispiel an der Schule, die von der Katharinenkirche in die HafenCity verlagert werden soll. Wenn man die Schule im Sinne von Funktionsmischung mitten zwischen Bürogebäude setzt, entsteht damit eine ganz besondere Konfliktlage, die bearbeitet werden muss und die

nicht selbstverständlich produktiv ist. Und dasselbe gilt natürlich auch für die Diversität, die wir für die Funktionen im Schanzenviertel haben. In dem Maße, wie der Stadtraum transformiert wird und eine Vielfalt an Stadtnutzern neben Stadtbewohnern aktiv ist, entsteht eine Gleichzeitigkeit von Raumnutzungen, die zu Konflikten führt, wie wir sie von der Susannenstraße kennen. Diese rufen dann erstmal alte administrative Maßnahmen auf den Plan – nämlich ein Verbot von Störungen anstatt der Aushandlung von neuen Nutzungskompromissen. Und dasselbe haben wir auch im Bremer Beispiel: Das drohende Szenario der Gastronomiemeile Schlachte wirkt gewissermaßen als Bedrohung fremder Welten gegenüber dem tradierten Wohnviertel. Strategien der Diversifizierung sind somit nicht die Königswege, die zu begehen sind, sondern sie sind eingebettet in Transformationsprozesse, die moderiert und ausgehandelt werden müssen.

Wenn wir also die postfordistische Stadt unter dem Gestaltungsaspekt betrachten, muss deutlich sein, dass es nicht einfach darum geht, Funktionsmischung im Sinne der Diversität zu planen, sondern viel eher Funktionsoffenheit im Sinne einer ständigen Neukombination und Neustrukturierung der Aufgaben in einer offenen Zukunft, die sicher sehr lange von einem Transformationsprozess begleitet sein wird.



Impulsreferat Henrik Stohr Drei Quartiere, drei Gesichter des Wandels

Dieter Läßle hat es bereits angesprochen: Das Spannende an der Phase des Umbruchs, in der wir uns befinden, ist, dass wir konfrontiert sind mit einem Nebeneinander sehr unterschiedlicher Entwicklungen. Das betrifft zum einen die Anforderungen, vor denen Menschen in ihrem Alltag stehen, z.B. durch veränderte Arbeitsformen und -zeiten, die Individuen und Haushalte unterschiedlich stark betreffen. Und es betrifft zum anderen auch die Räume, in denen die Menschen ihren Alltag gestalten müssen und die Rahmenbedingungen, auf die sie in diesen Räumen treffen und die ihnen das alltägliche Leben erleichtern oder erschweren können. Wie unterschiedlich vor allem auch die Art und Weise ist, wie sich Stadtteile angesichts all dieser Umbruchprozesse verändern und vor welchen unterschiedlichen Herausforderungen Stadtquartiere stehen, möchte ich anhand unserer drei Quartiere verdeutlichen.

Das Schanzenviertel – Vielfalt erhalten

Das Schanzenviertel ist ein sehr innenstadtnahes Quartier, es liegt nordwestlich der Hamburger Innenstadt in noch fußläufiger Entfernung. Wie man auf den Bildern sieht, ist das Viertel geprägt durch eine sehr hohe bauliche Dichte mit insbesondere gründerzeitlicher Bebauung. Es weist eine sehr feinkörnige Mischung aus Wohnen, Einzelhandel, Gastronomie und – vor allem in den Hinterhöfen – auch Gewerbe auf.



Das Schanzenviertel war lange Zeit (bis Ende der 80er Jahre) ein stark vernachlässigtes Viertel. Durch die damit verbundenen niedrigen Mietpreise war es sehr attraktiv für bestimmte Gruppen wie Studenten oder Künstler, die in dem Quartier bezahlbaren Wohnraum vorgefunden haben. Darüber hinaus bot sich die Möglichkeit für die Etablierung eines recht vielfältigen Nahversorgungsangebots. Ende der 90er Jahre war das Viertel somit zwar einerseits ein vernachlässigtes Quartier, andererseits aber auch eines, das eine sehr vielfältige und lebendige Angebotsstruktur aufweisen konnte. Durch die städtebauliche Sanierung Ende der 80er Jahre kam es zu einer steigenden Attraktivität für neue Formen von Ökonomien. Das Schanzenviertel wurde in dieser Zeit vor allem für Firmen aus dem Bereich der Internetökonomie

interessant, die die vielfältigen Angebote im Quartier und auch die Möglichkeit, sich nach Feierabend noch im Quartier versorgen zu können, schätzten. Das Schanzenviertel hat seit Mitte der 90er Jahre aber auch für jüngere Familien an Attraktivität gewonnen, vielleicht nicht für Durchschnittsfamilien, aber doch für Familien mit bestimmten Lebensstilen. An der Grafik kann man die für ein innerstädtisches Quartier sicherlich sehr ungewöhnliche Entwicklung erkennen: Seit 2000 stieg die Zahl der Kinder unter 10 Jahren und bei der Zahl der Kinder unter 6 Jahren lässt sich sogar ein deutlicher Zuwachs erkennen.

In den letzten drei bis vier Jahren war der Umbruch des Schanzenviertels vor allem geprägt durch die stetige Zunahme an Gastronomie und auch die Eröffnung von Modeläden, die sich an ein eher jüngeres Publikum richten. Das Schanzenviertel entwickelte sich so zu einem überregionalen Kneipen-, Ausgeh- und Shoppingquartier und sieht sich konfrontiert mit einem alltäglichen und vor allem allabendlichen Zustrom von auswärtigen Besuchern, die die Angebote dort nutzen. Daraus ergeben sich zwei zentrale Konfliktfelder: Zum einen verdrängen die Kneipen, dadurch dass sie zahlungskräftiger sind als beispielsweise türkische Gemüsehändler, Nahversorgungsstrukturen aus dem Quartier. Zum anderen ergeben sich Konflikte um die Nutzung des öffentlichen Raumes: Durch die Belebtheit der Straße wird es schwieriger dort- im öffentlichen Raum – Dinge des Alltagslebens zu tun, beispielsweise sich mit dem Kinderwagen durchs Quartier zu bewegen. Eine weitere Folge der Aufwertung und der steigenden Attraktivität ist die Tatsache, dass die Mieten im Quartier in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Damit verbunden ist auch eine Verdrängung von Teilen der alteingesessenen Bevölkerung, die sich die Wohnungsmieten nicht mehr leisten können.

Relativ deutlich wird dadurch, welche Aufgaben und Herausforderungen sich für das Schanzenviertel stellen: Zum einen geht es darum, Mietpreislücken für die Nutzungen und Bewohnergruppen, die von Verdrängung bedroht sind, zu schaffen. Zum anderen stellt sich die Aufgabe, Freizeit- und Kulturangebote zu entwickeln, die stärker an den unterschiedlichen Bewohnergruppen orientiert sind. Nichts desto trotz gilt es aber auch – wir haben es eben an diesem sehr vielfältigen Bild der Stadt gesehen – den Bedeutungsüberschuss des Schanzenviertels zu erhalten. Das Schanzenviertel bietet viele Angebote, die in benachbarten Stadtteilen nicht vorgehalten werden.

Das Vorgehen des VERA-Teams vor Ort sah folgendermaßen aus: Zum einen wurde der Versuch unternommen, mit kartographischen Visualisierungen sichtbar zu machen, zu welchen Zeiten sich die Aktivität im Schanzenviertel ausdehnt. Zum Beispiel wurde gezeigt, welche Straßenzüge besonders von zunehmenden Kneipennutzungen betroffen sind. Ein zweiter wichtiger Baustein war, in qualitativen Interviews mit den Akteuren vor Ort herauszuarbeiten, wo die zentralen Veränderungsbedarfe im Stadtteil liegen.



Das Stephaniviertel – Den Wandel der Vielfalt begleiten

Das Stephaniviertel liegt in Bremen und weist eine gänzlich andere Ausgangslage auf. Es grenzt unmittelbar nordöstlich an die Bremer Altstadt an. Im Süden schließt direkt das Weserufer an und im Nordwesten die „Überseestadt“. Das Quartier ist ein Wohn- und Büroquartier. Es bietet zum einen Wohnraum für insgesamt 1.750 Einwohner und hat damit als Wohnort eine deutlich größere Bedeutung als die Altstadt. Zum anderen ist es geprägt von großen Büronutzungen und von City ergänzenden Dienstleistungen. Das Quartier hat zu kämpfen mit einer Insellage. Es ist nach dem zweiten Weltkrieg sehr autogerecht ausgebaut worden, was dazu geführt hat, dass es sehr von den umliegenden Teilen der Stadt abgeschnitten ist. Zudem ist es in den letzten 30 Jahren auch gestalterisch vernachlässigt worden, so dass ein vielfältiges Leben, wie es das Quartier es vor dem Krieg kannte, sich nicht mehr in einer ähnlichen Weise entwickeln konnte.



Hoffnung setzt man jetzt unter anderem auf zwei große Veränderungen, die auf das Quartier zukommen: Zum einen die Ansiedlung von Radio Bremen, das seine gesamten Funktionen in dem Stadtteil bündeln und dort neu bauen wird; zum anderen der Umbau der VHS zu einem Bildungszentrum. Aus Sicht des Bremer Senats ergibt sich daraus die Möglichkeit, das Stephaniviertel zu einem Medienquartier zu entwickeln und es über die Ankerntzung Radio Bremen auch für andere Unternehmen aus dem Bereich der Neuen Medien attraktiv zu machen.

Eine der Problemlagen des Stephaniquartiers ergibt sich daraus, dass das Viertel derzeit eher als ein ausgestorbenes Quartier wahrgenommen wird. Es beginnt gerade erst, eine eigene Identität zu entwickeln. Ein vielfältiges Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten, was man sich für die Zukunft wünscht und was das Quartier dann auch beispielsweise für die Internetökonomie interessant machen könnte, ist derzeit nicht gegeben. Wohnen und Arbeiten existieren eher unverbunden nebeneinander.

Außerdem wird befürchtet, dass es durch den Zuzug der dominanten Nutzer zu gegensätzlichen Interessen zwischen den alten und den neuen Nutzern kommen kann. Als Aufgabe stellt sich also einerseits, die Lebendigkeit und Mischung zu befördern und weiter zu entwickeln, um auf dieser Basis neue Nutzergruppen aus anderen Beschäftigungsbereichen zu erschließen. Dabei stellt sich auch die Aufgabe, diese Nutzer frühzeitig einzubinden und herauszufinden, welche Bedarfe sie mitbringen, wenn sie in das Quartier umgesiedelt werden. Andererseits ergibt sich die Aufgabe, diesen Umbruch so zu gestalten, dass die bisher in dem Quartier Lebenden nicht benachteiligt werden und deren Bedürfnisse in diesem Prozess mit berücksichtigt werden. Das VERA-Team hat dabei an zwei zentralen Punkten angesetzt: Zum einen wird der Versuch unternommen, Aktivitäten zur kulturellen Belebung zu unterstützen und dabei insbesondere die Koordination zwischen den Akteuren zu befördern. Zum anderen geht es darum, im Vorhinein mögliche Konflikte auszuhandeln, die sich zwischen neuen und alten Nutzern im Stadtteil ergeben können.

HafenCity Hamburg – Vielfalt erzeugen

In der HafenCity Hamburg finden wir eine gänzlich andere Ausgangslage vor als in den beiden anderen Stadtquartieren. Hier haben wir es mit einem Stadtteil zu tun, der als Ganzes erst in der Entstehung ist. Der Stadtteil HafenCity wird unmittelbar südwestlich angrenzend an die alte Hamburger Innenstadt entwickelt. Der Ausgangspunkt für die Entwicklung der HafenCity ist zunächst einmal die Tatsache, dass in der alten Innenstadt die Entmischung deutlich fortschreitet, was sich insbesondere am weiteren Rückgang der Wohnbevölkerung zeigt. Insbesondere die Zahl der Kinder ist – im Gegensatz zu der Entwicklung, die wir eben im Schanzenviertel gesehen haben – nach wie vor rückläufig. Allein in den Jahren 2000 bis 2005 war in der Innenstadt ein weiterer Rückgang der Zahl der Kinder unter 10 Jahren um 10 % zu verzeichnen. Daraus ergibt sich eine zentrale Herausforderung für die HafenCity: Diesem Trend entgegenzuwirken und die Innenstadt als Wohnstandort insbesondere für Familien zu stärken.



Die HafenCity steht jedoch vor der Herausforderung, dass die Rahmenbedingungen für ein Wohnen mit Kindern, zumindest von außen betrachtet, nicht optimal erscheinen. Es ergibt sich somit die Anforderung, Anreizstrukturen zu schaffen, die den Stadtteil für den Zuzug von Familien interessanter machen.



Wir sehen in den Planungen auch, dass mit der HafenCity eine Innenstadt neuen Charakters entstehen soll, die nicht nur attraktive Büroflächen für 40.000 Beschäftigte schaffen soll, sondern auch rund 12.000 Bewohner beherbergen wird. Die HafenCity wird sich zudem sicherlich zu einem Stadtteil entwickeln, der von einer Vielzahl an Beschäftigten in stark „entgrenzten“ Arbeitszeitverhältnissen geprägt sein wird. D.h. es wird dort eine Reihe von Beschäftigten in Tätigkeiten arbeiten, die nicht durch einen 8-Stunden-Tag geprägt sind. Dadurch wird es notwendig, arbeitsortnahe Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu entwickeln. Und schließlich wird sich die HafenCity sicherlich in der Sozialstruktur von der Struktur der Bevölkerung unterscheiden, die wir jetzt in der Neustadt und Altstadt vorfinden, so dass ein Beitrag dazu geleistet werden muss, dass Brücken zwischen diesen beiden Stadtteilen entstehen.

Das VERA-Projekt hat für diese Aufgaben zwei Einfallswinkel gewählt. Zum einen wurde der Versuch unternommen, die HafenCity-Unternehmen direkt in die Entwicklung des Stadtteils mit einzubinden und sie auch über ihre Verantwortung zu informieren, die sie in diesem Zusammenhang haben. Es wurde versucht, die Arbeitgeber für eine familienfreundliche Personalpolitik zu sensibilisieren. Zugleich sollten die Unternehmen mit in die Entwicklung sozialer Infrastrukturen einbezogen werden. Zum einen haben wir dazu gefragt, welche Bedarfe die Beschäftigten überhaupt – beispielsweise an arbeitsortnaher Betreuung – haben. Zum anderen wurde auch darüber nachgedacht, wie Unternehmen aktiv in die Entwicklung der sozialen Infrastruktur und der Schule vor Ort eingebunden werden können.

Die soziale Infrastruktur war dann auch der zweite und vielleicht der wichtigere Einfallswinkel für das VERA-Projekt. Hierbei haben wir uns das Ziel gesetzt, die Akteure bei der Entwicklung eines bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebotes zu unterstützen. Da wir davon ausgehen, dass Qualität nur dann erreicht werden kann, wenn das Angebot den Bedarfen der späteren Nutzer entspricht, haben wir versucht, Möglichkeiten der Beteiligung in den Planungen zu verankern, um zukünftige Nutzer, beispielsweise die Eltern, stärker an dem Prozess teilhaben zu lassen.

Der Anknüpfungspunkt für die Frage nach der Entwicklung einer alltagsgerechten sozialen Infrastruktur war die Entscheidung der Behörde für Bildung und Sport, eine renovierungsbedürftige Grundschule in der Altstadt, die „Schule Bei der Katharinenkirche“, aufzugeben und die Schule an einem neuen Standort in der westlichen HafenCity neu zu bauen, mit dem Ziel eine dreizügige Grundschule zu entwickeln, die die westliche HafenCity und große Teile der alten Innenstadt versorgen wird. Angesichts der Herausforderungen, die sich in der HafenCity stellen, war aus Sicht des VERA-Teams deutlich, dass diese Schule keine gewöhnliche Schule werden darf, sondern dass sie in gewisser Weise zu einer multidimensionalen Angebotsstruktur entwickelt werden muss. D.h. sie soll zum einen die Aufgabe erfüllen, eine qualitätvolle Bildungseinrichtung mit einem ganztägigen Angebot

zu sein. Zum anderen soll sie – eventuell in Verknüpfung mit anderen Nutzungen – die Funktion einer flexiblen Kinderbetreuungseinrichtung übernehmen können. Das Gebäude sollte außerdem Möglichkeiten für ein Lernen im Stadtteil und mit dem Stadtteil bieten und auch Räume für einen kulturellen Austausch in der derzeit noch leeren HafenCity vorhalten.



Die Ausgangslage für die Entwicklung einer solchen Schule, war nicht ganz so einfach. Das Schulgebäude sollte durch einen privaten Investor errichtet werden, der das Gebäude später an die Schulbehörde vermieten wird. Zusätzlich sollte auf demselben Grundstück eine zweite privatwirtschaftliche Nutzung errichtet werden. Am schwierigsten für den Prozess war die Tatsache, dass die Planung als geschlossenes Investoren-auswahl-verfahren konzipiert war, wodurch die Möglichkeiten der Beteiligung beispielsweise von Eltern erheblich erschwert wurden. Gerade die Tatsache, dass es so ein geschlossener Prozess war und die Eltern nicht unmittelbar in dem Auswahlprozess beteiligt sein konnten, war für uns Anlass, uns mit den Anforderungen der Eltern auseinander zu setzen und uns sehr genau anzusehen, welche Bedarfe die Eltern an eine alltagsgerechte Bildungs- und Betreuungseinrichtung stellen. Wir haben deshalb unter anderem eine schriftliche Befragung der Eltern der Schule durchgeführt und die Leiterinnen sämtlicher Kindertagesstätten in der Innenstadt befragt, um herauszubekommen, wie Eltern Schulen und Kitas in der Innenstadt nutzen. Auf dieser Karte sind die Wohnorte der Eltern dargestellt, deren Kinder derzeit die Katharinenkirche besuchen. Man sieht, dass die Elternhaushalte sehr dispers über die Stadtregion verteilt sind und ein Drittel der Eltern nicht im engeren Innenstadtbereich wohnt, sondern in Stadtteilen im äußeren Bereich Hamburgs, zum Teil sogar im Umland. Das heißt, ein großer Teil der Eltern nutzt die Schule schon heute als eine arbeitsortnahe Einrichtung. Die Schule hilft also in gewisser Weise, die Trennung zwischen Wohnort am Stadtrand und Arbeitsort in der Innenstadt zu bewältigen.



Sehr deutlich an dieser innerstädtischen Schule ist auch die Tatsache, dass die Eltern insbesondere die Mütter sehr viel stärker ins Erwerbsleben integriert sind, als das im Durchschnitt der Fall ist. Die innerstädtischen Schulen und Kitas spielen also offensichtlich eine wichtige Rolle, um die Bedarfe der Eltern nach einer betriebsnahen Betreuung zu decken.

Um das Ganze nicht nur anhand von Zahlen zu verdeutlichen, haben wir mal den Versuch gemacht, darzustellen, wie so ein Tag im Leben der Eltern der Schüler aussehen kann und dafür zwei Familien aus unseren Befragungen herausgesucht. Wir haben hier zum einen das Alltagsmuster einer „dreifach einpendelnden Stadtrandfamilie“. Es handelt sich um eine Familie, die im Norden Hamburgs wohnt, deren Elternteile beide in der Hamburger Innenstadt arbeiten und die zwei Kinder im Alter von 7 und 14 Jahren versorgen müssen. Der Alltag der Familie wird an einem typischen Tagesablauf verdeutlicht: Man sieht hier, dass das sieben Jahre alte Kind zur gleichen Zeit, in der die Mutter auf der Arbeit ist, in Schule und Hort/Kita untergebracht ist. D.h. das Kind wird morgens vom Stadtrand mit dem Auto in die Stadt genommen, geht in die Katharinschule, fährt dann mit dem Bus von der Schule zur Kita und wird abends von der Mutter wieder an den Stadtrand mit nach Hause genommen. Zeitgleich fährt der Vater, der noch länger arbeitet, mit der U-Bahn in die Stadt und abends wieder zurück. Als zweites Modell haben wir nun sozusagen das kontrastierende Modell einer Lebens- und Arbeitsführung: Die „Familie der kurzen Wege“. Der Wohnort dieser Familie und die Arbeitsorte beider Eltern befinden sich in der Innenstadt. Es handelt sich um eine Familie mit drei Kindern. Die Mutter geht morgens zur Arbeit und bleibt dort bis zum frühen Nachmittag. Die Kinder, auch die beiden jüngeren Kinder, gehen morgens eigenständig zu Fuß zur Schule und von dort aus zum Hort und kommen, wenn die Mutter

nach Hause kommt, von dort aus wieder zurück. Der Vater, der im Spätdienst als Hotelier arbeitet, geht dann, wenn Frau und Kinder nach Hause zurückgekehrt sind, zur Arbeit.

Wenn man jetzt also diese Anforderungen der Kinder und der Eltern im Blick hat und sich die besondere Situation der HafenCity vor Augen führt: Wie sieht dann der aktuelle Zwischenstand auf dem Weg zu einem bedarfsgerechten Bildungs- und Betreuungsangebot in der HafenCity aus? Bisher wurde erreicht, dass die Zweitnutzung, die der Investor errichtet, eine Kita beinhalten wird mit Plätzen für bis zu 100 Kinder im Alter von 0 bis 14 Jahren. Die Schule und auch die Kita werden anfangs ein quantitatives Überangebot schaffen, so dass in gewisser Weise eine Anreizstruktur da ist. Der Entwurf, der gewählt wurde, sieht außerdem die gemeinsame Nutzung von Räumen zwischen der benachbarten Kita und der Schule vor, so dass Synergien zwischen diesen beiden Einrichtungen möglich sind. Darüber hinaus ermöglicht das Raumkonzept der Schule, dass Stadtteilaktivitäten in der Schule stattfinden können. Einige offene Fragen stellen sich dennoch: Zum einen gilt es zu klären, unter welchen Bedingungen Eltern eigentlich eine arbeitsortnahe Betreuungseinrichtung wünschen bzw. akzeptieren. Insbesondere in den Unternehmen haben wir häufig die Aussage gehört: „Nein, für unsere Beschäftigten kommt das nicht in Frage. Die möchten ihre Kinder im gewohnten Wohnumfeld zu Hause betreut wissen.“ Umgekehrt sehen wir in der Schule an der Katharinenkirche, dass viele dieses Modell leben müssen. Zum anderen muss darüber nachgedacht werden, inwieweit das Anmeldesystem zu Schulen und zu Kitas den alltäglichen Anforderungen der Eltern gerecht wird und wie es weiterentwickelt werden kann.

Schanzenviertel

Soziale Vielfalt sichern

Raum für vielfältige
Gelegenheitsstrukturen
erhalten

Interessenskonflikte für
die Entwicklung innovativer
Lösungen fruchtbar
machen

Stephaniviertel

Den Wandel der soziale
und funktionalen Vielfalt
begleiten

Gleichgewicht aus
Belebung und Schutz
innerstädtischen Wohnens
erhalten

Moderation des Umbruchs
fortsetzen

HafenCity

Vielfältige und flexible
Gelegenheitsstrukturen
zur Alltagsbewältigung
entwickeln

Berücksichtigung der
Bedarfe zukünftiger Nutzer
unter schwierigen regula-
tiven Rahmenbedingungen



Kommentar Jürgen Bruns-Berentelg

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, auch wenn dies ein Praxisseminar ist, noch einmal einen etwas theoretischeren Ausgangspunkt wählen, weil ich glaube, dass dies grundlegend ist für die Lösungen, die dann am Ende diskutiert werden. Was mir als Nichtbeteiligter nicht ganz klar ist – auch nach einigem Lesen von Raum-Zeit-Literatur – ist, in welcher Weise das mit anderen theoretischen Ansätzen verknüpft ist. Ich will mal zwei ganz banale Beispiele nennen, die zu unterschiedlichen, zum Teil auch überschneidenden Schlussfolgerungen führen können.

- Das eine ist, dass wir in Deutschland relativ wenig Forschung im Bereich der Gentrification haben, obwohl der Wandlungsprozess von Städten, insbesondere auch innerstädtischen Arealen, nachweisbar ist. Wenn sie in britische, nordamerikanische oder mittlerweile auch südamerikanische Stadtlagen hineingehen wird sehr viel stärker unter diesem Aspekt diskutiert. Es gibt mittlerweile sehr viel Literatur darüber und die Frage ist, ob sich möglicherweise unter dem Aspekt der Gentrification und den jeweils zugrunde liegenden Push- oder Pull-Faktoren möglicherweise auf den Handlungsebenen etwas andere Ansätze ergäben.
- Es gibt eine zweite theoretische Ebene, die noch nicht so richtig ausgearbeitet ist, die sich aber auch mit dem Zusammenhang von Raum, der gebauten Umwelt und letztendlich der Generierung von qualitätvollen Arbeitsplätzen befasst. Dieser Ansatz, der zum Teil mit der ganz einfachen Kategorie „look and feel“ verbunden wird, hat einiges zu tun mit dem, was Richard Florida formuliert hat, nämlich in verstärktem Maße über „kreative Klasse“ nachzudenken. Wobei ich es persönlich für verfehlt halte, das über diesen Aspekt räumlich verorten zu wollen. Der entscheidende Punkt aus meiner Sicht ist, dass wir an vielen Orten beobachten können, dass wir kreative Milieus in Abhängigkeit auch von baulichen Strukturen generieren können. Die Referenz in diesem Punkt wäre jetzt nicht ein bestimmter Typus von sozialer Stadtstruktur, sondern von Heterogenität bestehender baulicher Strukturen. Wir haben das Thema, auf der einen oder anderen Ebene, zum Beispiel beim Thema Mietpreislücken, indirekt angesprochen. Aber es gibt eine andere Ebene, die nicht nur eine ökonomische ist, sondern auch eine Ebene, die auf der Wahrnehmung funktioniert. Nämlich die Frage, wie heterogen eine Stadt über die Gebäude wahrgenommen wird, so dass dadurch auch eine andere Art von Identität und Verträglichkeit geschaffen wird, als das möglicherweise unter Rahmenbedingungen, wie sie am Ende in der HafenCity realisiert werden können, erreicht werden kann.

Ich will es bei diesen beiden Vorbemerkungen lassen und zu dem zweiten Aspekt kommen: Die Ebenen der Handlung, die sich für mich möglicherweise als Lücken herausgestellt haben:

- Die eine resultiert aus einem ganz klassischen geographischen Thema, indem man, wenn man einen Stadtraum abgrenzt, tatsächlich eine Grenze zieht. Ob man diese Grenzen tatsächlich als Ausgangspunkt für Handlungsüberle-

gungen nennen sollte, wird dabei häufig nicht ausreichend in Frage gestellt. Wenn beispielsweise ein Druck auf ein Quartier entsteht, durch Zuwanderung von bestimmten Gruppen mit Milieuansprüchen oder Arbeitsplatzansprüchen wie im Schanzenviertel, dann ließe sich auch anders als eine überwiegend defensive Strategie durchaus überlegen, wie man die Qualitäten des Schanzenviertels räumlich verbreitern könnte, wie sozusagen ein geographischer Verdünnungseffekt entstehen könnte dadurch, dass man die Grenzen nicht als gegeben ansieht, sondern Handlungsstrategien entwickelt, die letztendlich eine räumliche Expansion der Qualitäten nach sich zieht. Insofern betrachtet man dann diesen Raum nicht als geschlossenen Kessel, auf den durch Zuwanderung, Veränderung und Wandel ein Druck entsteht, den man nur passiv beherrschen kann, sondern möglicherweise kann man auf diese Art und Weise im positiven Sinne die Qualitäten in einem größeren Raumkontext etablieren.

- Die zweite Ebene habe ich schon angedeutet durch den Hinweis auf die Gebäude. Ich glaube, wir müssten uns in diesem Kontext sehr viel mehr Gedanken auch darüber machen, dass man die Heterogenität von Gebäuden selbst als ein schutzwürdiges Gut betrachtet. Als ein schutzwürdiges Gut oder als eine Einwirkungseinheit auf der planerischen Ebene, aus der heraus über das Alter, die Qualität der Räume, aus der Art der bestehenden Nutzung dann auch strategische Schlüsse gezogen werden können über die Kompatibilität bestimmter Nutzungen. Wir gehen heute zu sehr von Planungsmethoden aus, die Stadträume homogenisieren. Wir müssten viel stärker davon ausgehen, Stadträume in der Planung zu heterogenisieren. Und ich glaube, der wichtigste Ansatzpunkt in diesem Zusammenhang ist das, was wir auf der Gebäudeebene als heterogene Bestandsnutzung haben.
- Eine dritte Interventionsebene ist aus meiner Sicht die Frage, die etwas zu kurz kommt im Kontext der schwächsten Nutzung – des Wohnens – nämlich wie man sich in verstärktem Maße den Arbeitsorten widmet. Ich hatte ein wenig den Eindruck, dass die Entwicklung neuer Arbeitsorte als strategisches Element durchaus ein wichtiges Thema ist. Und in dem Bremer Beispiel wird dies ja ganz offensichtlich durch die Verlagerung von großen Betrieben. Ich frage mich, wenn man über die Ausgangsposition der Heterogenität solcher Orte hinausgeht, ob man nicht vielmehr und auf viel breiterer Basis in einer viel kleinteiligeren Typologie denken muss. Und natürlich werden wir ein bisschen verführt, in Kategorien von Richard Florida in Richtung der Kreativnutzungen zu denken. Wir werden auch wenig verführt, durch den Internetboom der Jahrtausendwende genau dort die Ansatzpunkte zu sehen. Für mich wäre die Frage, ob wir nicht viel breiter suchen müssen bei der Förderung von Arbeitsplätzen an solchen Standorten und auch über neue Formen nachdenken müssen. Und es setzt für mich eben nicht primär auf der Ebene der Unternehmen an, auch wenn die eine wichtige Rolle spielen, sondern tatsächlich auf der Ebene von Selbstständigen und kleinbetrieblichen Einheiten. Wie man das macht, dazu kann ich ihnen auch keine geeignete Antwort liefern.



Aber aus Sicht der Stadtökonomie oder der Wirtschaftsgeographie sind die Wertschöpfungen z.B. von Selbstständigen in solchen stadträumlichen Kontexten häufig viel höher als die Wertschöpfungen, die beispielsweise von abhängig Beschäftigten in größeren Betrieben entstehen. Und damit sind diese letztendlich auch für die Stabilitäten und Kontinuität der Entwicklung solcher Viertel bei geplanter Heterogenität viel bedeutsamer.

Wir haben gesehen: Es war auch ein Plädoyer für intelligente Intervention, wobei ich heute nicht sagen könnte, wie eine solche Intervention aussehen kann. Ich glaube, dass wir sehr viel kleinmaßstablicher intervenieren sollten. Wie das geschehen kann auf der Projektebene, wie es planerisch geschehen kann, kann ich Ihnen nicht so einfach sagen. Das ist sicherlich ein Thema, das man intensiv diskutieren kann, auch im Rahmen des heutigen Tages. Ich würde als wichtiges Thema die Zeitperspektive sehen. Aber ich glaube mit dem Thema der Vielfalt von Stadt haben Sie einen ganz wichtigen Referenzpunkt geschaffen, den wir als Zielsetzung im Kontext von Urbanität anstreben sollten. Dabei sollten wir vielleicht davon ausgehen, dass es keine idealen und erst recht keine konfliktfreien Lösungen gibt. Ich glaube aber, dass die Ansatzpunkte, die das Forschungsprojekt jetzt auf verschiedenen Ebenen gezeigt hat, wichtige Ansatzpunkte sein können und werden, innerstädtische Transformationsräume behutsam weiter zu denken – nicht nur im Sinne einer klassischen Schutzfunktion, sondern um neue Möglichkeiten zu bieten.



Diskussion

Andreas Gleim

Mir hat bei den Darstellungen eine Ebene gefehlt, nämlich die des Gegensatzes zwischen den rationalen, ortsungebundenen Stadtnutzern und der Idee des Zusammenfallens von realem und erlebtem Ort, also des „Heimat Habens“. Wenn wir solche Nutzungskonflikte haben – und wir in der Schulbehörde haben sie immer, weil wir Schulplätze nie bewohner- oder interessenstark zuweisen können, sondern wir haben immer am Ende Verteilungs- und Knappheitsprobleme zu lösen und müssen Schüler zurückweisen, die bestimmte Schulen aufsuchen wollen – dann bekommt das eine hohe Bedeutung. Ich habe einmal einen Konflikt mitgemacht in Bergedorf. Damals hatten wir noch eine Regelung, die wir gegenwärtig nicht haben, dass eine Mutter, die ihr Kind in einem Kindergarten hat, sozusagen mit dem Hort des Kindergartens in der Verteilung der Plätze in einer überbuchten Schule berücksichtigt wird. Ich sah mich dann plötzlich einer Gruppe von Menschen gegenüber, die gesagt hat: „Das ist unsere Schule, wir wohnen hier und hier kommt eine fremde Frau, die nur hier arbeitet und ihr Kind hier in der Kita hat und nimmt uns unseren Platz weg.“ Ich denke, diese Kategorie muss man beherrschbar machen oder man muss jedenfalls in der politischen Auseinandersetzung die Sprengkraft sehen, die in dieser Anrufung des Symbolischen besteht.

Monika Heuss

Ich möchte ein Problem ansprechen, das ganz deutlich geworden ist im Vergleich des Bremer Falls mit der Herangehensweise der HafenCity oder auch bei ihren Ausführungen zur Schaffung von Diversität. Im Stephaniquartier hat der Transformationsprozess in das Quartier nicht damit begonnen, dass man dort eine Grundschule installiert. Stattdessen wurde dort zu Beginn eine Grundschule geschlossen. Das ist natürlich ein fatales Signal angesichts der zurückgehenden Kinderzahl und die Begründung war: „Die Nutzer dieser Grundschule kommen von viel zu weit her und wir wollen ein Grundstück verkaufen. Auf dem Grundstück kann man dann zukünftig auch Büronutzung machen, weil wir nämlich ganz einseitig sagen: Eigentlich ist unser Ziel Medienquartier und da kann man entsprechende hochwertige, auch großformatige Nutzungen ansiedeln.“ Ich finde es deshalb bewundernswert, dass Hamburg soweit gekommen ist, auf diesen verschiedenen beteiligten Ebenen Soziales, Bildung, Stadtentwicklung/Baubereich zu einem Strang zu finden, während das bei uns doch sehr getrennt voneinander lief und wir als Stadtteilpolitiker unter diesem Aspekt „Großnutzer Radio Bremen/Medienquartier“ so ein bisschen der Lächerlichkeit anheim gegeben waren. Das hätte ein Signal für einen Stadtteil sein können, der nach dem Krieg wieder aufgebaut wurde und jetzt überaltert ist. Aber stattdessen setzt man jetzt nur noch auf Singles bzw. Berufstätige und sagt: „Kinder sterben halt aus“. Das ist fatal für diese Mischung aus „Wohnen und lebendiger Stadtteil“.



Frank Engelbrecht

Ich wollte auf zwei Aspekte eingehen. Einmal zu dem, was sie gesagt haben, Herr Bruns-Berentelg, weil ich die Idee sehr interessant finde, dass man Stadtgebiete nicht einfach nur als eingekesselte Burgen versteht, die auf der einen Seite „explodieren“, wenn man zuviel Energie rein gibt, und die aber umgekehrt, wenn wir die Grenzen ein wenig weich betrachten, auch Qualitäten von anderer Seite zugeliefert bekommen können. So geht das zum Beispiel bei der Katharinenkirche, die auf der Altstadtseite steht, und wo wir auf der anderen Seite die Speicherstadt und die Hafencity haben. Und daher finde ich es eine wichtige Frage, wie Qualitäten der anderen Stadtteile in die Hafencity hineinwirken können. Denn wie am Schulbeispiel deutlich wird, können auch Bewohner oder die arbeitende Bevölkerung, die nicht in der Hafencity verortet sind, sondern beispielsweise in der Speicherstadt oder in der Altstadt leben, diese Schule als ihre Schule betrachten. Wenn man allerdings die Hafencity als einen für sich genommenen einzelnen Block ansieht, erschwert das die Integration dieses Stadtteils in die Stadt.

Das andere, was ich jetzt erlebe, dreht sich um das, was ich von Ihnen höre, Herr Gleim. An der Katharinenkirche ist das jetzt ziemlich schwierig. Die Schule soll umziehen und dreizügig errichtet werden. Aufgrund der vorgegebenen Gesetzmäßigkeiten haben wir allerdings derzeit eine Situation, in der etliche Eltern, die – was ja eigentlich die Idee der Schule ist – von weiter her kommen, abgewiesen werden müssen. Es kann jetzt nur ein einziger Grundschulzug für den nächsten Sommer starten, obwohl die Idee doch ist, dass die Schule irgendwann einmal dreizügig sein wird – auch mit Menschen, die von der Ferne kommen. Und da stoßen auch alte Grenzziehungen und die Art und Weise von Zuweisung mit einer Idee zusammen, wie so eine Schule gestartet wird. Man merkt: Wir haben eine Art und Weise, Schüler zuzuteilen und Klassenstärken zu bestimmen, die in diesen neuen Aufgaben und Zeiten nicht mehr richtig passgerecht sind und das ist für die, die dabei sind, sehr bedauerlich. Wenn man das Gefühl hat, wir wollen durchstarten und kriegen es nicht richtig auf die Reihe.

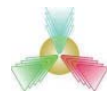
Andreas Gleim

Ich möchte an dieser Stelle kurz ergänzen: Was wir (als Bürger) hoffentlich bald verändern werden und was der Status quo ist; weil es sich dabei interessanterweise um ein Zurückgebliebenensein bestimmter administrativer Prozesse aber auch um einen Gegensatz zwischen unterschiedlichen Ordnungsprinzipien dreht. Wir haben in Deutschland – bei Grundschulen – traditionell das Sprengelprinzip gehabt und in ganz vielen Bundesländern haben wir das auch noch: „Du gehst dahin, wo deine Gebietsgrenze ist“. Und die Gebietsgrenzen haben wir jedes Jahr ein bisschen verändert, weil sich natürlich Einzugsbereiche durch Städtebau, Alterung usw. verändern. Dann wird der Sprengel um diese Schule herum etwas größer und ganz selten hat man Schulstandorte auch komplett aufgegeben. Das Sprengelprinzip ist insbesondere von sozialpolitischer Seite verteidigt worden – als Zwang zur Integration. „Du wohnst in Barmbek und gehst in Barmbek zur Schule.“ Und wenn es denn so wäre, dass in Barmbek genau so viele junge

Rechtsanwälte wohnten wie Arbeitslose, dann wäre das ja auch wunderbar. In der Realität ist das natürlich so, dass ein Sprengel der sozial abrutscht, dann auch eine Schülerschaft hat, die entsprechend abrutscht. Von den Bildungsaktiven wird er dann als schlecht wahrgenommen. Deswegen hatten wir in dem letzten Jahr, in dem es das Sprengelprinzip noch gab, bereits 2.000 Anträge auf „sprengelfremde Einschulung“ in die erste Klasse, von denen wir auch eine sehr hohe Anzahl genehmigt haben. Bei einer Jahrgangsstärke von ungefähr 13.500 Schülern ist das ein sehr hoher Prozentsatz. Das ist einerseits erfreulich, weil es zeigt, dass die Familien sich sehr aktiv mit der Frage auseinandersetzen, wo ihre Kinder in die Schule gehen. Andererseits wurden wir dabei auch oft betrogen. Da wurde eine Tagesmutter erfunden, die sozusagen im guten Stadtteil lebt und mit der man sich das Schulrecht erkauft hat, um sein Kind in diesem Stadtteil einzuschulen, mit der Begründung, dass das Kind nach der Schule ja zur Tagesmutter muss.

Da uns dies nicht mehr richtig erschien, wählen die Eltern ihre Schule jetzt selbst. Das ist die Hamburger Praxis, in vielen anderen Bundesländern ist das noch nicht so. Ich sage also, ich will an die Schule an der Katharinenkirche, auch wenn ich in Rahlstedt lebe, z.B. weil mein Kind dort in die Kita geht und weil ich bei Karstadt oder bei Axel Springer arbeite. Das ist möglich. Und diese Elternwünsche sind für uns auch antreibend und werden umgesetzt – solange es aufgeht. Solange die Anzahl der Schüler immer durch 25 zu teilen ist (das ist unsere Klassenstärke) habe ich kein Problem. Sobald einer der 26 ist, fängt das Problem schon an. Und wenn ich 23 Schüler mehr habe, stehe ich vor einem großen Problem. Und so haben wir bei Schulen, die besonders beliebt sind, nach wie vor das Problem, dass wir Hunderte von Eltern abweisen müssen und auf ihre zweiten oder dritten Wünsche eingehen müssen. Und dieses Verteilungsproblem löst das Hamburger Schulgesetz dann ganz einfach durch Wohnraumnähe. Das heißt jedes Jahr in einem kurzen Zeitraum sitzen Menschen in der Bildungsbehörde mit einem Zentimetermaß vor einem Stadtplan und rechnen aus: Der kleine Thomas wohnt 800 Meter von der Schule an der Katharinenkirche entfernt und Sophie 900 Meter, also kriegt Thomas den Grundschulplatz und Sophie bekommt ihn nicht. Das kollidiert natürlich mit den tatsächlichen Lebenslagen von Familien, wo ich Betreuungsprobleme habe.

Und ein letztes Wort dazu, dass hier sozusagen verschiedene theoretische Ansätze miteinander konfliktieren: Also die Örtlichkeit im Sinne eines ausgewogenen sozialen Milieus, das wir in vielen Stadtteilen tatsächlich haben, oder aber auch die Örtlichkeit entweder als „Bildungsbürgerghetto“ oder „Hartz-IV-Ghetto“, an das man gefesselt wird. Wir müssen allerdings diese Dinge auch rational, rechtsstaatlich, nachvollziehbar, kontrollierbar, gerecht usw. lösen. Wir haben auch immer die Anforderung, dass eine Lösung in gewisser Weise standardisieren und an relativ wenigen Parametern ansetzen muss.



Christiane Hollander

Ich bin im Sanierungsbeirat Schanze und damit gerade in der Presse, weil wir die Außengastronomie der Susannenstraße überprüfen lassen haben. Darüber hinaus habe ich zusammen mit Leuten aus St. Georg eine Initiative ins Leben gerufen, in der wir Mieterinnen und Mieter aus innerstädtischen Quartieren zusammenführen wollen, um auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. Ich habe zwei Bemerkungen: Das eine: Die Menschen im Schanzenviertel sind „St. Paulianer“ und als solches begreifen sie sich auch. Das Schanzenviertel ist erstmal ein Viertel dieses kleinen Gebietes, doch das Problem weitet sich aus. Es gibt z.B. einen Bereich Wohlwillstraße und dort fangen die Probleme jetzt an. Das zweite Thema ist das Thema Schule. Mein Sohn ging auf eine Schule im Schanzenviertel, bei der jetzt die Assoziation ist: Nur Probleme, Gewalt, Hartz-IV-Empfänger usw. Doch da diese eine echte Ganztagschule nach skandinavischem Modell ist, haben wir so viele Kinder und Anmeldungen, dass nicht alle angenommen werden können. Eltern entscheiden danach, was ihrem Kind beigebracht wird – gerade nach der PISA-Studie. Eltern, die sich ernsthaft mit dem Schulproblem auseinandersetzen, wollen eine echte Ganztagschule. Daher sollte man sich mal Gedanken machen, welche Art Schule man in der HafenCity tatsächlich errichten möchte. Denn Eltern suchen mittlerweile anders aus.

Detlef Söffler

Sie hatten eine Folie aufgelegt, auf der eine Familie mit ihren Arbeitszeiten etc. geschildert wurde. Das ist ganz frappierend gewesen: Die Frau kommt nach Hause und in dem Moment geht der Mann weg. Da fragt man sich, wie sich so was auf Dauer lebt. Das geht doch wirklich nur schwierig. Die Alltagsorganisation der Zeit der Familie muss sich offensichtlich gänzlich anderen Taktgebern fügen. Wie müssen Betriebsvereinbarungen bei der Frau oder auch bei dem Mann eigentlich aussehen, dass sie ihre Zeiten auch flexibler oder anders nutzen können? Wie müssen institutionelle Zeiten z.B. der Kinderbetreuung, damit in Übereinstimmung gebracht werden? Da ist man richtig physisch spürbar in einem Zeitkern des Alltags. Sonst zeigt sich die Zeit an etwas anderem: Am Raum, an den Gegenständen usw. Aber in jeder Bewegung ist Zeit.



3 Instrumente zur Erhebung und Visualisierung städtischer Nutzungsmuster und Angebotsstrukturen

Einleitung Anne Vogelpohl

Es geht in diesem Block um die Frage der Empirie, die vielleicht eine Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis, zwischen Wissenschaft und Akteuren vor Ort bilden kann. Das heißt wir möchten an dieser Stelle nach der Funktion von empirischer Forschung in solchen Projekten fragen, in denen verschiedene Forschungsmethoden angewendet werden.



Unter anderem gibt es quantitative Befragungen, die dazu dienen, das Verhalten oder die Bedarfe einer großen Gruppe in der Bevölkerung bzw. in den beteiligten Akteurebenen zu ermitteln. Im Schanzenviertel z.B. haben wir Bewohnerbefragungen durchgeführt, in der HafenCity hingegen wurden Unternehmen oder Eltern befragt. Eine Funktion dieser quantitativen Erhebungen ist, dass es dadurch möglich ist, überhaupt Themen zu generieren, Ideen zu bekommen und die lokalen Bedürfnisse ausfindig zu machen. Darüber hinaus kann man sich als Projekt bekannt machen und dadurch erste Beziehungen und Kontakte knüpfen. Diese Ebene muss natürlich vertieft werden über eine andere methodische Ebene und das ist klassischerweise das qualitative Interview. In diesem werden dann zentrale Akteure aus bestimmten Institutionen und Vertretungen befragt oder auch Akteursgruppen, die besonders betroffen sind. Dadurch kann ein tieferes Verständnis der Zusammenhänge generiert werden und es können weitere Kontakte geknüpft werden, durch die Kooperationen möglich werden.

Thomas Pohl wird Ihnen nun eine ganz spezifische Methode vorstellen, die wir auch erprobt haben und wird damit die Frage verknüpfen, was diese Methode in einem solchen Forschungsprozess bewirken kann.

Impulsreferat Thomas Pohl

Der Einsatz von Chronomaps und problemorientierten Befragungen in den drei untersuchten Stadtquartieren

Es ist darauf hinzuweisen, dass wir im Rahmen von VERA verschiedene Ziele verfolgen, wenn wir mit empirischen Daten arbeiten:

- 1) Das erste Ziel wäre die Spurensicherung lokaler Zeitregimes im Sinne eines Monitorings. Wir wollen uns die Möglichkeit offen halten, einen Vorher-Nachher-Vergleich zu machen. Das bedeutet, einmal empirische Erhebungen während der Projektlaufzeit durchzuführen, also im günstigsten Fall, wenn das Realexperiment angeschoben wird, und dann eine spätere Vergleichsmöglichkeit nach einigen Jahren.
- 2) Dann hat man bei wissenschaftlicher Forschung – so auch bei unserem Projekt – häufig eine analytische Fragestellung. Wir haben zwei Maßstabebenen, die wir im Wesentlichen betrachten. Im ersten Block ist von Herrn Läßle ja schon gesagt worden, dass wir es mit einer raumzeitlichen Veränderung in unseren Städten zu tun haben, die eine Parallelität erkennen lassen von fordistischen, klassischen Zeitstrukturen und den vermuteten neuen Strukturen, die sich parallel dazu ausdehnen und die wir auf gesamtstädtischer Ebene analysieren wollen. Zusätzlich ist es auch wichtig in einer Maßstabebene unterhalb der Gesamtstadt einen Zugang zu kleinräumigen Zeitregimes zu finden. Auch dies soll über unsere empirische Arbeit geleistet werden.
- 3) An dieser Stelle soll es im Wesentlichen um das dritte Ziel gehen: Nämlich die Frage, wie empirische Erhebungen oder auch kartographische Darstellungen, die zeitliche Phänomene visualisieren, für Diskussionsprozesse im Rahmen von Beteiligungsverfahren bereitgestellt werden können, wie also über den Input von empirischen Daten Entscheidungsträger, Fokusgruppen etc. angesprochen bzw. erreicht werden können.

Generell lassen sich dabei zwei methodische Stränge unterscheiden: Einmal gibt es relativ klassische Erhebungsinstrumente: Interviews, Befragungen, Gruppendiskussionen usw. Parallel dazu erproben wir neue Erhebungsinstrumente, die wir unter dem Begriff „Chronomaps“ zusammenfassen. Chronomaps sind Versuche, zeitliche Phänomene, die z.B. im Quartier stattfinden, visuell zugänglich zu machen und so zu einem besseren Verständnis zu kommen, wie das Viertel rhythmisch „tickt“. Ich möchte eingangs ein Beispiel einer Chronomap zeigen, die wir im Rahmen unserer Erhebungen im Schanzenviertel erstellt haben. Zur räumlichen Einordnung: Das Schulterblatt und die Susannenstraße können vielleicht als die Hauptschlagader des Schanzenviertels bezeichnet werden.



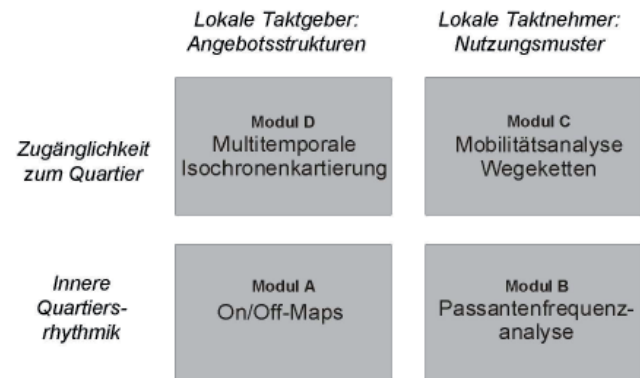
In dem Bereich haben wir uns an verschiedenen Zählpunkten angeschaut haben, wie der tageszeitliche Rhythmus stattfindet. Diesen haben wir anhand der Zahl der Personen bemessen, die an bestimmten Punkten vorbeikommen (Passantenfrequenz). Wenn ich jetzt diese Chronomap ablaufen lasse, sehen Sie erstmal bis zum Mittag eine relativ moderat ansteigende Frequenz der Passanten, die sich im Wesentlichen auf den Bereich des Schulterblatts/Kreuzung Susannenstraße konzentriert sowie auf den Bereich an der S-Bahn-Station. Über den Nachmittag gesehen haben wir dann eine Verfüllung des Schulterblattes mit Personen, die dort die Einrichtungen – im Wesentlichen Cafes und Restaurants aufsuchen – während in den Neben- und Hinterstraßen eine relativ geringe Aktivität zu verzeichnen ist. Und erst am späten Abend geht die Aktivität langsam zurück. Das heißt wir haben bis in die späten Abendstunden ein relativ hohes Aktivitätsniveau in dem Viertel zu verzeichnen. Diese Vogelperspektive bzw. diesen Rundflug um das Viertel herum, versuchen wir einerseits analytisch zugänglich zu machen sowie andererseits als Kommunikationsinstrument zu verwenden.

Das nächste Beispiel zeigt den Vergleich zwischen dem Schanzenviertel und dem Stephaniviertel in Bremen. Hier können wir nun Aktivitätsniveaus vergleichen, wie sie sich in den zeitlichen Kontexten zeigen. Wir sind jetzt bei ca. neun Uhr morgens und sehen schon eine relativ hohe Aktivität im Stephaniviertel. Im Schanzenviertel sehen wir hingegen erst eine relativ spät beginnende Aktivität. Während die Aktivität im Schanzenviertel auch in den Abendstunden relativ lang relativ hoch bleibt, geht sie im Stephaniviertel relativ deutlich zurück und verlagert sich von der Hauptschlagader des Stephaniviertels (Faulenstraße, Am Brill) an die südliche Seite Richtung Schlachte.

Diese Abbildung der raumzeitlichen Nutzungsmuster anhand der Passantenfrequenzen wäre der eine Zugang. Eine andere Betrachtung ist eine zeitbezogene Analyse von Angebotsstrukturen in den beiden Vierteln. Auch hier lasse ich die beiden Karten ablaufen: Sie sehen hier die Öffnungszeiten von Cafes, Kneipen, aber auch von Geschäften, so dass sich sozusagen die Passanten spiegeln lassen auf die angebotsseitige Struktur in ihrem zeitlichen Verlauf. Auch hier ist in den Mittagsstunden im Stephaniviertel eine relativ hohe Aktivität der angebotsseitigen Strukturen zu verzeichnen. Im Schanzenviertel hingegen nimmt die Aktivität in den Abendstunden noch zu und ist relativ hoch, während dieses im Stephaniviertel schon zurückgeht. Eine Reihe von Restaurants, Kneipen und Cafes öffnen im Schanzenviertel erst in den Abendstunden und haben dann relativ lange Betriebsdauern bis teilweise nach ein Uhr in der Nacht.

Ein Versuch der Systematisierung dieser Darstellung wird deutlich durch den Blick auf die beiden Chronomap-Typen. Einerseits haben wir lokale Taktgeber, also Angebotsstrukturen, die wir versuchen über Öffnungszeiten von Einrichtungen zu visualisieren. Andererseits versuchen wir die Quartiersrhythmik über Passantenfrequenzanalysen abzubilden, also die Zahl von Personen, die an bestimmten Orten vorbeikommen. Man kann natürlich auch

versuchen, das Quartier in Abhängigkeit von individuellen und räumlichen Strukturen darzustellen, die ein Verhältnis der Aktivität in dem Quartier zum restlichen Stadtraum deutlich werden lassen. Die Zahl der Ein- und Auspendler in als „postfordistisch“ begriffenen Quartieren wird z.B. sicherlich einer größeren zeitlichen Flexibilität unterliegen als in sehr stark getakteten Quartieren wie beispielsweise der Innenstadt, die sich in den Abendstunden relativ deutlich entleert.



Die Frage ist, welchen Stellenwert diese Informationen im Rahmen von Beteiligungsverfahren haben. Ich habe mal ein relativ banales Modell eines Partizipationsverfahrens skizziert. Also sozusagen einen Aushandlungsprozess von lokalen Akteuren und Institutionen, der darauf gerichtet ist, Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Frage ist, wie Sachinformationen, aber auch Geoinformationen (also räumliche Informationen beispielsweise in Form von Chronomaps) und das lokale Alltagswissen so vernetzt werden können, dass der Partizipationsprozess dadurch fruchtbar gemacht werden kann; und inwiefern eine Rückkopplung erfolgen kann von dem Partizipationsprozess zur Neugenerierung von weiteren Informationen beispielsweise in Form von Chronomaps.

Ein zentrales Problem ist, dass wir als Universität mit bestimmten Methoden an solche Probleme herangehen und über Karten versuchen, eine Form von „Expertenwissen“ zu generieren und damit potentiell Entscheidungen vorstrukturieren. Karten sind von ihrer Herkunft her Machtinstrumente. Die ersten Karten waren im Wesentlichen militärische Karten, Geoinformationen waren strategische Informationen. Karten waren und sind immer auch eine Form von Interpretation. Es werden bestimmte Generalisierungen in Karten vorgenommen, so dass bestimmte Phänomene betont und andere vernachlässigt werden. Die Frage, die ich in dem Rahmen stellen möchte, ist, ob beispielsweise der Zugang von Aktivitätsniveaus gemessen über Passantenzahlen etwas über die Urbanität von Quartieren auszusagen vermag.

Der zweite Punkt ist, dass Interventionsziele zueinander im Widerspruch stehen können, dies aber durch Chronomaps unter Umständen nicht adäquat dargestellt werden kann. Wir haben einerseits im Stephaniviertel die Situation, dass wir eine gewisse Belebung wollen. Genau das ist im Schanzenviertel aber eine Problemlage. Diese Ambivalenz wird durch die Karte nicht deutlich.



Des Weiteren kann auch der Abstraktionsgrad des Mediums zu hoch sein, so dass unter Umständen die Information nicht adäquat transportiert werden kann.

Und der letzte Punkt ist die Frage nach Plausibilitätsproblemen quantitativer Datenanalysen. Die Kartographie und auch quantitative empirische Methoden sind stark darauf gerichtet, Phänomene zu betrachten, die man zählen kann (Öffnungszeiten, Geschäfte oder auch Passanten). Eigentlich haben wir es aber mit einem Phänomen zu tun, das einer qualitativen Darstellung bedarf. Die Darstellung von Urbanität als rein quantitatives Phänomen kann unter Umständen die tatsächlichen alltagsweltlichen Bezüge von Urbanität vernachlässigen. Daher würde ich gerne die Frage diskutieren, wie qualitative Phänomene, also die Wahrnehmung von zeitlichen Rhythmen in der Stadt, mit einem quantitativen, zählenden Verfahren überhaupt in Einklang gebracht werden können, und ob nicht auch eine Darstellungsmöglichkeit gegeben wäre, die Karten nicht zu einem zählenden sondern mehr zu einem erzählenden Medium werden lassen.

Kommentar Detlef Söffler

Ich finde Ihren selbstkritischen Gestus sehr schön, glaube aber, dass jedes Wissen distinkt ist. Das heißt, es ist immer eine Interpretation – sei sie nun qualitativ, sei sie durch Interessenlagen gefärbt oder sei es durch Zahlen. Und davon muss man ausgehen, man muss von den Grenzen des Wissens Kenntnis haben. Insofern empfinde ich es auch nicht als Herrschaftswissen, sondern ich finde, man kann damit Dinge deutlich machen, die sonst oft hinter riesigen Zahlenbergen verborgen sind. Im Bereich der Stadtentwicklung und Stadtplanung arbeiten wir natürlich auch mit vielen Zahlen und ich bin ein wenig neidisch, da wir derartige Darstellungen im Moment so nicht realisieren können.

Erstmals bekannt geworden ist das bremische Bauressort zwischen 2001 und 2003 durch das Projekt „Bremen 2030 – eine zeitgerechte Stadt“. Und seitdem ist es überhaupt erst möglich, dass zeitliche Aspekte in der Darstellung eine Rolle spielen können. Wir denken doch sehr stark raumorientiert und die Zeit hat eine spezifische Unsinnlichkeit, die schwer zu handhaben ist.

Die Frage war, welche Berührungspunkte es zwischen kartographischen Darstellungen und Fragen der Stadtentwicklung gibt. Das Wichtigste ist, dass man etwas sichtbar macht und damit auch entmythologisieren kann. Wenn man sich beispielsweise das Stephaniviertel ansieht, bei dem die Stadtphilosophie sagt: Das ist ein neues Medienquartier, dann kann man sagen, dass das vor dem Hintergrund Ihrer Bestandsuntersuchungen eigentlich ein gesellschaftlich imaginäres Bild ist. Wenn man die Nutzungsverteilung im Stephaniquartier betrachtet, dann sind 63 % Dienstleistungen, 19 % Einzelhandel, 12 % Gaststätten, 3 % Gewerbe und Medien machen etwa 2 % aller Nutzungen aus. Von Bremen überhaupt als bedeutendem Medienstandort zu sprechen, ist schon mutig. Und vom Stephaniviertel als Medienquartier zu

reden ist geradezu abenteuerlich. Trotzdem hat es reale Wirkung: Ohne dieses gesellschaftlich Imaginäre hätte es die Ansiedlung von Radio Bremen dort nicht gegeben. Der Boden war bereitet durch eine Diskussion um „Postfordismus“ und „Zentren im Umbruch“, obwohl es noch gar keine reale Basis gab.

Ich denke Chronomaps haben bereits einen gewissen Eingang in die Planung gefunden. Im „Viertel“ (Steintor-/Osterviertel) in Bremen z.B. sind über 600 Geschäfte auch in ihrem Zeitrhythmus kartographiert worden. Unsere Annahme war, dass wir im Viertel eine intensive Geschäftsvielfalt haben und es sich noch um eine klassisch europäische Stadt mit kleinen Parzellen und häufigen Umnutzungen handelt. Rein rechnerisch schlägt die Bevölkerung dort alle vier bis fünf Jahre einmal um, das heißt es besteht eine hohe Wanderungsdynamik. Es ist ein Viertel der 18- bis 30-Jährigen, der älteren Erwerbstätigen und weniger der Kinder. Es ist neben den Geschäften ein Kultur- und Gastronomieviertel, das hochfrequentiert ist durch Nutzer, die von außen kommen. Vor allem diese Unternehmen der Kulturwirtschaft brauchen eine gewisse zeitflexible Urbanität. Und dass es dort zu zeitlichen Nutzungskonflikten kommen kann, ist ganz offensichtlich. Um zu sehen, wie der Rhythmus tatsächlich ist und ob die These „da haben wir unser 24-Stunden-Quartier“ überhaupt stimmt, haben die On-/Off-Maps sehr geholfen. Im Ergebnis haben wir festgestellt, dass es gar kein 24-Stunden-Quartier ist, sondern dass jedes Quartier seinen eigenen Rhythmus hat. Die Aktivität im Viertel beginnt morgens gegen zehn mit der Öffnung der Geschäfte und viele schließen auch schon um 18 Uhr, so dass die Möglichkeiten der längeren Öffnungszeiten – zur Zeit der Kartierung bis 20 Uhr – nicht unbedingt ausgenutzt werden. Danach fangen andere Nutzungen wieder an und nehmen zu. Es gibt zwar immer Orte, an denen etwas los ist – wie beispielsweise den Bäcker, zu dem man schon morgens um fünf gehen kann – aber es ist nicht die Regel. Wenn wir in Bremen ein 24-Stunden-Quartier haben, so ist es eher das Viertel rund um den Bahnhof mit Diskomeilen usw.

Spannend wäre es jetzt zu sehen – wenn man eine solche flächendeckende Erhebung des Lebensrhythmus eines Viertels hat – wie sich dieser verändert, wenn etwa Öffnungszeiten im Einzelhandel gänzlich freigegeben werden. Hat dieser allgemeine offene Zeitraum überhaupt einen Einfluss auf die Zeitlichkeiten, die sich als Bilanz durch die verschiedenen Einzelzeitlichkeiten herausstellen und die Multitemporalität eines Quartiers kennzeichnen? Wie sehen die Auswirkungen aus? Daher fände ich es spannend, die Untersuchungen in ein paar Jahren unter dieser Perspektive zu wiederholen.

Eine andere Möglichkeit ist, Chronomaps über einen Flächennutzungsplan oder Bebauungsplan zu legen. Dadurch können Zonen für Nutzungskonflikte potenzieller Art verdeutlicht werden, in dem man beispielsweise sieht, dass ein Wohngebiet von einem Saum von Kneipen umgeben ist. Durch die Karten kann gut dargestellt werden, wie sich Kneipen und Wohnlagen verändern, und es können Hinweise abgeleitet werden, wie die Bauleitplanung womöglich darauf reagieren muss.



Stadtplaner tun sich schwer, diese Instrumente in der Praxis einzufordern oder einzusetzen, aber wenn Wissenschaftler die Innovation bewirken, dann hilft es auch zu neuen Verfahren zu kommen. Beispielsweise haben wir eine Situation mit einer Jugendkneipenlage und daneben einem Wohngebiet. Und es ist dann zu Verhandlungslösungen gekommen in der Form, dass die Kneipen Nachbarschaftsverträge mit den Anwohnern gemacht haben und unterstützt haben, dass die Bewohner neue Fenster bekommen. Lärm muss also nicht nur als Außenlärm gemindert werden, sondern kann auch „Am Ohr des Schläfers“ bekämpft werden. Und dafür sind weiche Instrumente zum Einsatz gekommen.

Des Weiteren tragen die Kartierungen zu einer Entmythologisierung im Stephaniviertel bei. Im Gegensatz zur Altstadt, in der alle vier Jahre die Bevölkerung umschlägt, besteht im Stephaniviertel eine Durchschnittswohndauer von 17 Jahren. Diese liegt deutlich über dem städtischen Durchschnitt von sechs bis sieben Jahren. Der Anteil von Bewohnern mit Migrationshintergrund geht gegen 0%. Die Bewohner wohnen in einer alt eingesessenen Wohnlage, die im zweiten Weltkrieg entstanden ist und die sich durch jede Veränderung bedroht fühlt. Wenn man in dieser Situation mit Chronomaps und Bestandsanalysen zeigen kann, dass die Kneipen und Passantenströme in einem ganz anderen Saum liegen, hat man eine Diskussionsgrundlage für Beteiligungsverfahren. Und mein Wunsch wäre, diese Beteiligungsverfahren dann auch anzuwenden. Ich glaube, dass das beispielsweise im Arbeitskreis Stephaniviertel Verwendung finden kann.



Diskussion

Jürgen Bruns-Berentelg

Ich habe eine technische Frage: Haben Sie schon mal quantitative Verhältnisse zwischen den Bewegungsmustern der dort wohnenden Bevölkerung auf der einen Seite und der Besuchsbevölkerung auf der anderen Seite umgesetzt? Das setzt natürlich statt einfacher Zählungen Befragungen voraus und ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Aber ich vermute, dass die Chronomaps sich bei den jeweiligen Nutzungsintensitäten durch die verschiedenen Beteiligten im Tagesverlauf drastisch ändern würden. Ich fände das ein wichtiges Wahrnehmungs- und Planungsinstrumentarium, um mit den Beteiligten über diese Prozesse zu reden. Es sollte nicht einfach vor dem Hintergrund quantitativer Größen geurteilt werden, sondern es sollte auch die Eigeninanspruchnahme des Viertels durch dort Arbeitende und dort Wohnende abgebildet und viel stärker als analytische Kategorie diskutiert werden.

Thomas Pohl

Diese Verhältnisse haben wir über Mobilitätsprotokolle erhoben. Das heißt, wir haben Wegeketten erhoben – und zwar auf der einen Seite von Bewohnern im Schanzenviertel, auf der anderen Seite von Personen, die wir dort in Kneipen angetroffen haben – und sind in der Lage, diese zu vergleichen.

Ulrich Mückenberger

Wir haben auch noch vor, qualitative Formen solcher Darstellungen anzuwenden – und zwar angelehnt an italienische Modelle, die mit der Idee der „Chronotopen“ arbeiten, in denen davon ausgegangen wird, dass bestimmte Räume bestimmte Tempi haben. Der Nachteil der italienischen Chronotopen ist, dass sie fast noch mit den Bebauungsplänen identisch sind und praktisch das, was im Raumzusammenhang steht, in eine Zeitkategorie zu übersetzen versuchen. Das bleibt natürlich völlig statisch. Wir versuchen daher, ein partizipatives qualitatives Verfahren zu entwickeln, das drei Schichten übereinander legt:

- 1) die Bebauungsplanung als räumliche Grundstruktur,
 - 2) das, was Kevin Lynch mit der gelesenen Stadt bezeichnet - also die Stadt nicht als reinen Grundriss zu verstehen, sondern in fünf Bestandteilen (Achsen, Grenzen, Quartiere, Schnittpunkte und herausragende Punkte), in denen Städte im Bewusstsein von Bewohnern strukturiert werden und
 - 3) die gelebten Zeitstrukturen von Bewohnern.
- Diesen Weg in die qualitative und tiefere Diskussion wollen wir als ein Beteiligungsinstrument im Stephaniviertel vorschlagen.

**Ingolf Goritz**

Es wurde kritisch angemerkt, dass es auch andere messbare Parameter geben könnte als die Passantenfrequenz, wie z.B. die Fahrzeugfrequenz auf Kopfsteinpflasterstraßen, die dann wiederum zu einer erheblichen Lautstärke führt. Lautstärke wiederum ist relativ gut messbar im Rahmen der Lärminderungsplanung, die den Kommunen und Städten auferlegt wurde. Hier wurden bereits umfangreiche Analysen durchgeführt, die man gegebenenfalls auch in die Untersuchungen einbeziehen könnte. Und Lärm ist auch das, was viele am meisten stört.

Noch ein Hinweis gerade auch für das Schanzenviertel im Gegensatz zur HafenCity: Im Gegensatz zu neuen oder anders strukturierten Quartieren gibt es in Vierteln wie dem Schanzenviertel keinen strukturierten Tagesablauf. Doch das Schanzenviertel, St. Pauli, und auch andere lebendige Stadtquartiere haben eine lange Tradition der Vielfalt und des geradezu 24-Stunden-Lebens. Rund um den Schlachthof begann die Arbeit auch früher schon morgens um fünf, so dass es eine sehr frühe Aktivität gab. Diejenigen, die früh fertig waren, sind dann essen gegangen. Und auch Vergnügungsstätten gab es damals schon, wie das Konzerthaus Flora zum Beispiel. Gewisse historische Vorbedingungen sollten also mit einbezogen werden und würden es eventuell auch erleichtern, im Rahmen von Verhandlungsverfahren Verständnis für diese vielfältigen Nutzungen zu erwecken. Für St. Pauli wird so ganz generalisierend gesagt: Das Viertel ist ja tolerant und wer da hinzieht, weiß wo er hinzieht. Nur wenn diese Toleranz dann überspannt wird, kommt es – wie in der Susannenstraße – zu erheblichen Konflikten.

Dieter Läßle

Es wurde ja vorhin bereits auf die Asymmetrien bei Aushandlungsprozessen hingewiesen. Eine wesentliche Asymmetrie ist die Frage der Information und ein Instrument, wie die Chronomaps, würde eine wichtige Rolle spielen, um diese Asymmetrie zumindest zu korrigieren. Aber es gibt natürlich neben diesen Nutzungskonflikten auch das Problem, dass wir vielfältige Dimensionen beachten müssen und dass der städtische Raum symbolisch mit Heimatgefühlen besetzt ist, die auch thematisiert werden müssen. Darüber hinaus müssen weitere Dimensionen einbezogen werden, wie beispielsweise die Emissionskarten der TUHH, an denen man die zeitlichen Nutzungsmuster der Emissionen von Autos sehr gut rekonstruieren kann.

Letztlich sind diese Karten jedoch keine erzählenden Karten und das Narrative muss im Dialog erfolgen, also die Narration muss stimuliert und organisiert werden. Und dabei ist es wichtig, dass man das Medium zwar ernst nehmen, aber auch immer wieder relativieren muss. Die große Schwierigkeit ergibt sich aus der Frage, wie wir solche Instrumente nicht als Totschlagargumente und Scheinobjektivierungen betreiben, sondern als Instrumente, um Realitäten zu rekonstruieren und die subjektiven Betroffenheitslagen deutlich zu machen und auszuhandeln. Denn wir haben es mit fließenden Ambivalenzen zu tun und wir sind in einem permanenten Transformationsprozess, in dem es vor allem darum

geht, Formen der Selbstregulation von Konflikten zu installieren. Das ist ein sehr weiter Weg und wir sehen in der Susannenstraße, wie schwierig das ist und wie grob letztlich die Konflikte ausgetragen werden.

Detlef Söffler

Grundsätzlich sind die Anwendungsbereiche unseres Zählwerks auf der Erde unendlich. Da kann man alles Mögliche untersuchen und es gibt da auch sinnvolle Ansätze. Ein Thema, mit dem sich gerade das Polizeipräsidium beschäftigt, ist das Thema Sicherheit. Durch Befragungen, die bei der Bevölkerung in allen Stadt- und Ortsteilen durchgeführt werden, werden unter anderem Angsträume ermittelt, d.h. Orte an denen Menschen subjektiv Angst haben. Außerdem werden die Ursachen ihrer Angst abgefragt. Parallel dazu nimmt die Polizei Gefahrenorte und -zeiten wahr. Das ist natürlich ihre subjektive Interpretation von Räumen, die auffallen, weil dort etwas vorfällt oder weil sich da zwielichte Gestalten rumtreiben. Anschließend werden beide Sichtweisen miteinander verglichen und es wird nach Möglichkeiten gesucht, wie darauf reagiert werden kann, beispielsweise durch städtebauliche Veränderungen, Beleuchtung oder Belegung und soziale Kontrolle. Die Frage ist, ob man sich der Frage der Sicherheit in der Stadt, die für viele Menschen wichtig ist und auch im Rahmen des demographischen Wandels immer bedeutender wird, auch mit solchen Instrumenten annähern kann.

Monika Heuss

Als Praktikerin betrachte ich solche Methoden vor allem unter dem Aspekt der Nützlichkeit und finde es sehr beeindruckend. Es ist für jeden Laien direkt verständlich und daher eine schöne Sache. Ich vermute allerdings, dass dahinter ein irrsinniger Aufwand von Datenerhebungen und der Verwandlung von Daten in diese graphisch animierten Formen steht. Wenn sich jetzt Stadtteile in Transformation befinden, ändert sich ständig etwas. Wie will man diese Veränderungen mit diesem doch relativ aufwändigen Instrument erfassen? Ich habe daher die Frage, wie flexibel dieses Instrument ist, um dann auch im Prozess angepasst zu werden.

Thomas Pohl

Die Datenerhebung läuft über einen Stichtag, das heißt man geht an einem mehr oder weniger zufällig ausgewählten Tag dahin. Man muss sicherlich eine Menge von Personen haben, die dort zählen, und zwar über den ganzen Tag. Wenn man einzelne Uhrzeiten auswählt, ist es natürlich ein empirischer Aufwand, der eine Gruppe von Studierenden einen Tag lang beschäftigt. Auf der anderen Seite ist der Aufwand auch wieder nicht so hoch, als dass man die Erhebung nicht in einem jährlichen Turnus wiederholen könnte. Und für ein Monitoring ist ein jährlicher Turnus ausreichend, um eine Entwicklung über fünf bis sechs Jahre gut nachzeichnen zu können.





4 Dialogverfahren zur Ermittlung der Bedarfe und zur Aushandlung von Konflikten verschiedener Stadtnutzer

Einleitung Ulrich Mückenberger

Wir kommen zu einem Aspekt, der in unseren drei Realexperimenten sehr zentral war: Die Beteiligung und Aushandlung. Natürlich kann man Beteiligung auch abstrakt als Bürgerrecht diskutieren. Dies ist ja sowohl in Bremen als auch in Hamburg an der Frage des Wahlrechts usw. auch geschehen und umstritten geblieben. In unserem Falle ist Beteiligung aber gegenstandsspezifisch. Wir haben es auf der einen Seite mit raumzeitlichen Strukturen zu tun, die wir analytisch ermitteln können, wofür wir - zynisch gesagt - nicht unbedingt die Individuen brauchen, die diese Strukturen leben. Aber in dem Moment, in dem wir uns mit Realexperimenten zur Verbesserung der Strukturen einzumischen versuchen, stehen die Personen, die davon betroffen sind, natürlich zentral als Subjekte da.



Der zentrale Bezugspunkt raumzeitlicher Realexperimente ist die Verbesserung von Lebensqualität. Lebensqualität lässt sich aber nur begrenzt objektiv oder top down bestimmen, sondern sie wird subjektiv gefühlt und ausgeformt von denen, um deren Lebensqualität es geht. Und das geht eben nicht ohne Beteiligungsprozesse. Die Komplexität von Beteiligungsprozessen ergibt sich aus der Frage, wer eigentlich beteiligt werden soll. Es gibt ein traditionelles Muster, in dem vor allem Anwohner beteiligt werden. Wir haben jedoch schon die Unterscheidung gemacht zwischen fester und zeitweiliger Bevölkerung und ich möchte sogar sagen, die feste Bevölkerung soll nicht nur tolerieren, sondern ist sogar angewiesen auf die zeitweiligen Bevölkerungen. Wer als ansässige Bevölkerung z.B. eine Belebung des Quartiers will, ist darauf angewiesen, dass Menschen von außen dahin kommen. Die zweite Frage ist, wie man beteiligen kann. Die Beantwortung dieser beiden Fragen – wer und wie beteiligt wird – ist Voraussetzung, um auf Verhandlungslösungen und mögliche Win-Win-Konstellationen zusteuern zu können.

Impulsreferat Ulrike Baumheier:

Choice-Work-Verfahren und realexperimentelle Interventionen im Rahmen der VERA-Projekte

Das Realexperiment ist einer der zentralen Forschungsansätze im VERA-Projekt. Unser Prinzip ist, dass wir nicht nur von außen die Veränderungsprozesse beobachten, die in den drei Quartieren ablaufen, sondern versuchen, durch bestimmte Methoden (Kommunikation von Forschungsergebnissen, Zusammenbringen von Menschen, Organisieren von Workshops etc.) Anstöße zu geben, um Fragen der Lebensqualität stärker zu thematisieren. Darüber hinaus versuchen wir, Gruppen in Planungsprozesse einzubinden, deren Bedarfe normalerweise eher am Rande bleiben, z.B. ältere Bewohner in Zukunftsquartieren oder auch zeitweilige Nutzer wie Touristen oder Veranstaltungsbesucher.

Zunächst möchte ich die Ziele vorstellen, die wir mit den wissenschaftlichen Interventionen in den drei Untersuchungsgebieten verfolgen:

- 1) Das erste Hauptziel ist die Analyse und Thematisierung von Alltagskonflikten oder auch von alltäglichen Zeitbedarfen.
- 2) Das zweite Ziel ist die Vernetzung derjenigen, die über Zeit- und Alltagsstrukturen bestimmen oder die wesentliche Rahmenbedingungen dafür schaffen – nämlich Planer, Investoren, Entscheidungsträger in Politik und Verwaltung – mit denjenigen, die diese Alltagsstrukturen nutzen – mit Bewohnern, Beschäftigten und zeitweiligen Nutzern der Quartiere.
- 3) Der dritte Aspekt „Empowerment“ versucht die Position von Gruppen, die normalerweise in Planungsprozessen keine Stimme haben, zu stärken. Das kann z.B. dadurch passieren, dass man Bürgergutachten oder Beteiligungsverfahren organisiert, in denen die Interessen diskutiert und geschärft werden.
- 4) Das vierte Ziel ist ein Beitrag zu kooperativen Problemlösungen, wenn es beispielsweise Konflikte zwischen Anwohnern und Gastronomiebesuchern gibt.

Die Zielsetzung und auch die Herangehensweise des jeweiligen Projektes hängt natürlich damit zusammen, welche Problemkonstellationen vor Ort da sind, aber auch welche Rahmenbedingungen und welche Strukturen bereits vorhanden sind. Im Schanzenviertel gibt es eine lange Beteiligungstradition, z.B. über den Sanierungsbeirat, der viele Versuche unternommen hat, beispielsweise Konflikte zwischen Anwohnern und Gastronomen über Lärm in den Abendstunden zu bearbeiten. Deswegen lag der Schwerpunkt des Projektes auf „Thematisierung“ und „Vernetzung“. Zunächst wurde untersucht, wie mit solchen Konflikten in der Vergangenheit umgegangen worden ist und ob die vorhandenen Strukturen und Instrumente ausreichend sind, um mit zukünftigen Veränderungen fertig zu werden.



Im Rahmen dieser Analysen in Form von ausführlichen qualitativen Interviews und Gesprächen sind einige Felder herauskristallisiert worden, in denen deutlich wurde, dass aufgrund der anstehenden Veränderungen neue Formen der Vernetzung sinnvoll sind. In der Hafencity und im Stephaniviertel war die Situation anders, weil dort nicht ausschließlich endogene Veränderungsprozesse ablaufen, wie im Schanzenviertel. In der Hafencity entsteht etwas ganz Neues und im Stephaniviertel vollzieht sich eine größere Veränderung durch die Ansiedlung von Radio Bremen und der Volkshochschule, so dass sich hier unmittelbare Anknüpfungspunkte für Beteiligungsverfahren ergaben.

Die zentrale Herausforderung in der Hafencity bestand für das Projekt darin, das geschlossene Planungsverfahren für die künftigen Nutzer der Schule zu öffnen. Es wurde schon dargestellt, dass das neue Schulgebäude von einem Investor errichtet wird und dass dieser Investor auch über die zukünftige Zweitnutzung bestimmte. Die Auswahl geschah im Rahmen eines geschlossenen Investorenauswahlverfahrens, bei dem es rechtliche Hindernisse gab, irgendeine Form von Nutzerbeteiligung stärker zu integrieren. Das Projekt über Umwege dennoch die Bedarfe der Eltern und der Schule so weit wie möglich in das Verfahren einfließen lassen. Dieses geschah z.B. durch einen Akteursworkshop, in dessen Rahmen mit Vertretern der Eltern, der Schule, aber auch sozialen Institutionen als künftigen Kooperationspartnern der Schule eine Initiativstellungnahme erarbeitet wurde. Als Ergebnis wurde eine Anforderungsliste für die Schule und die Zweitnutzung erarbeitet, die dann – über Dieter Läßle als beratendes Mitglied – der Auswahljury für den Investor zur Verfügung gestellt wurde.

Im Stephaniviertel bestand am Anfang unserer Tätigkeit das Problem, dass eine Polarisierung zwischen alten und neuen Nutzern des Viertels drohte. Die Beschlüsse über die Ansiedlung

von Radio Bremen und die weitere Belebung der Schlachte auch als gastronomischer Standort waren gefallen. Und die alteingesessenen Bewohner fürchteten nun, dass ihr Viertel zu einem Rummelquartier wird, in dem ihre abendlichen Ruhebedürfnisse nicht genügend berücksichtigt würden. Ein weiteres Problem war, dass zwar viele Personen und Institutionen in unterschiedlichen Zusammenhängen für dieses Viertel planten, dabei aber nicht erkennbar war, wo das denn nun zusammenfiel und inwieweit überhaupt jetzige oder zukünftige Nutzer eingebunden wurden.

Unser Startpunkt in diesem Quartier war es daher, ein „Forum Stephaniquartier“ zu initiieren – gemeinsam mit der Senatskanzlei und Radio Bremen – in dem alle zusammenkamen: Die alteingesessenen Institutionen, z.B. die evangelische Kirche, die neu hinzukommenden Institutionen wie Radio Bremen und die Volkshochschule, Investoren, die dort größere Projekte verfolgten, und natürlich Planer und Entscheidungsträger sowie Beirat und Ortsamt Mitte als Vertreter des Stadtteils. Dieses Forum besteht bis heute, aber es ist ein informelles Gremium ohne Entscheidungskompetenzen. Das heißt, die vorherrschende Funktion ist die Diskussion und die Ergebnisse müssen dann, um später Wirkung zu entfalten, weiter getragen werden. Im Forum und auch in Expertengesprächen, die wir geführt haben, sind zentrale Gestaltungsfelder für die Entwicklung des Quartiers identifiziert worden: Nahversorgung und Infrastruktur, lebendiges Stephaniquartier, Kultur. Aus diesen drei Feldern haben wir so genannte Fokusgruppen organisiert mit Menschen, die im Quartier leben und arbeiten, und mit zukünftigen Nutzern. Dabei haben wir uns bemüht, ein weites Spektrum an Nutzern mit einzubinden: Familien mit Kindern, Erwerbstätige, Nicht-Erwerbstätige, Ältere Menschen, Vertreter alteingesessener Unternehmen und neuer Institutionen und auch Zielgruppen für Neuansiedlungen aus dem Bereich der Neuen Medien. Die zeitweiligen Nutzer haben wir im Vorhinein befragt und durch so genannte Anwälte repräsentieren lassen, da es nicht möglich war, persönliche Vertreter

	Instrumente (Beispiele)		
Ziele der wissenschaftlichen Intervention	Schanzenviertel	Stephaniviertel	Hafencity
Analyse und Thematisierung von Alltagskonflikten	Qualitative Interviews, Vorstellung der Ergebnisse im Sanierungsbeirat	Experteninterviews, Internetseite und -ideenbörse	Eltern- und Beschäftigtenbefragung, Vorträge, Zeitungsartikel
Vernetzung	Kommunikation von Ideen zur Vernetzung der lokalen Jugendarbeit	Forum Stephaniquartier	VERA-Team als Kommunikationsschnittstelle
Empowerment („Stimme“ geben)		Focusgruppen	Akteursworkshop, Initiativstellungnahme
Kooperative Problemlösung		Moderation Mississippiqueen und Namensfrage	



für die Fokusgruppen zu gewinnen. In den Gruppen fanden sehr ergebnisreiche und konstruktive Diskussionen statt, in denen nicht nur Probleme artikuliert oder Interessen geäußert wurden, sondern auch Zielkonflikte identifiziert werden konnten. Zugleich wurden Vorschläge erarbeitet, um mit diesen umzugehen. Da wir in den Fokusgruppen nur eine relativ begrenzte Zahl von Menschen erfassen konnten, haben wir das Ganze – in Kooperation mit dem Institut für Informationsmanagement – über eine Internetseite und eine Ideenbörse noch öffentlicher gemacht.

Ich möchte jetzt noch einmal darstellen, inwieweit die Entwicklung selbst tragender Strukturen in den verschiedenen Quartieren gelungen ist. Im Stephaniviertel ist es bemerkenswert, dass sich aus den Fokusgruppen und aus den Bürgermoderatoren der Internetideenbörse ein „Arbeitskreis Stephani“ gegründet hat. In dieser zivilgesellschaftlichen Vertretung der Nutzer sind sowohl Anwohner als auch Beschäftigte vertreten und auch die neuen Institutionen (Radio Bremen und VHS) wurden angesprochen, ob sie sich dort beteiligen. Seit einigen Monaten arbeitet dieser Arbeitskreis mit großem Engagement mit dem Ziel, viele kleine Verbesserungen durchzusetzen. Des Weiteren gibt es Überlegungen, die ansässigen Unternehmen noch stärker in die Entwicklung des Viertels einzubinden. Hierzu gibt es Vorüberlegungen zur Gründung eines Business Improvement Districts. Das Forum Stephaniquartier, das bislang hauptsächlich ein Diskussionsgremium ist, soll arbeitsfähiger strukturiert und zu einem Steuerungsgremium umgestaltet werden. Auch in der HafenCity gibt es viele Überlegungen, wie man die Interessen von Familien mit Kindern stärker einbinden kann. Vorstellbar wäre die Entwicklung eines Stadtteilbeirats „Alltag und familienfreundliche Entwicklung der HafenCity“ oder eines Steuerungsgremiums auf Ressortebene. Inwieweit auch die HafenCity GmbH eine Rolle bei der Moderation sozialer Prozesse übernehmen kann, ist zu prüfen. Im Schanzenviertel wurden Vorschläge zur Vernetzung lokaler Akteure im Bereich der Jugendarbeit entwickelt. Außerdem sollte ein dauerhaftes Quartiersmanagement eingerichtet werden, das auch nach Beendigung des Stadtteilmanagements durch die STEG im Rahmen der Sanierung aktiv ist.

Zum Schluss fasse ich die Chancen des Einsatzes von Dialogverfahren zusammen, die wir in den verschiedenen Quartieren analysieren konnten. In allen drei Gebieten wurde dazu beigetragen, dass Nutzerinteressen stärker berücksichtigt, Konfrontationen abgebaut und neue Vernetzungsformen entwickelt wurden. Außerdem dienten die Dialogverfahren als Katalysator für bestimmte Kooperationsprojekte. Neben diesen vielfältigen Chancen bestehen jedoch auch einige Herausforderungen, auf die wir im Rahmen unserer Arbeit gestoßen sind. Ein großes Problem stellen Abgrenzungstendenzen innerhalb von und zwischen Ressorts dar. Verantwortliche für bestimmte Planungsverfahren befürchteten, durch Beteiligung würden Prozesse komplex und dadurch verzögert. Offenkundig ist auch, dass bestimmte Verfahrenstypen – wie das im Falle der Schulplanung gewählte Investorenauswahlverfahren – jegliche Form der Beteiligung von Nutzern quasi unmöglich machen.

Kommentar Jörn Walter

Mich beschäftigen bei dieser Thematik immer mehrere Dinge. Das eine ist, wie wir diese verschiedenen Akteursgruppen fassen können. Wir haben bei diesen Fällen, die Sie hier untersucht haben, drei sehr verschiedene Situationen und Quartierstypen. Und es ist interessant zu sehen, welche unterschiedlichen Ergebnisse dabei raus gekommen sind:

- Diesen Typus eines vorhandenen Quartiers, in dem es um die Heilung von Konflikten geht – in unserem Fall am ehesten das Schanzenviertel,
- dann diesen Typus, in dem etwas da ist und etwas Neues hinzukommt; das heißt es gibt eine Teilaktorsgruppe, die man erst schrittweise kennen lernt – als Beispiel das Stephaniquartier,
- und dann ein dritter Quartierstypus, in dem überhaupt niemand da ist; das ist die HafenCity und das ist besonders schwierig.

Mich beschäftigt stark die Frage, wie man diese verschiedenen Akteure zusammenbekommt, vor allem wenn man das zusätzlich mit dem Zeitbegriff überlagert. Die verschiedenen Zeitebenen, mit denen sich Ihre Untersuchung beschäftigt, sind vorhin schon angesprochen worden. Ich möchte noch eine weitere ansprechen: Es gibt einmal eine ganz normal fortschreitende Zeit, in der sich Quartiere und Akteure und auch ihre Zusammensetzung verändern. Und dadurch gibt es möglicherweise im Ablauf unterschiedliche Muster, weil diese Akteursgruppen unterschiedlich stark werden oder sich umstrukturieren. Und dann gibt es noch eine weitere Ebene, die mit der Wahrnehmung bestimmter Dinge in verschiedenen Zeiten zu tun hat. Ich glaube, dass der Faktor öffentliche Wahrnehmung und die Frage, wie sich diese Wahrnehmung im Zeitablauf verändert, bei diesen Dialogverfahren auch eine große Rolle spielt. Ich möchte das an einem ganz anderen Beispiel, der Klimaschutzdebatte, illustrieren. Das ist ja ein Thema, das wir als Fachleute seit Jahrzehnten bestens kennen und mit dem wir uns viel auseinandersetzen. Und wir erleben es immer wieder, dass auf einmal solche Themen in den Fokus kommen. Ich denke, daran wird deutlich, dass die Frage der Zeitschiene und der Wahrnehmung von Tatbeständen eine große Rolle spielt.

Von den Ergebnissen Ihres Projektes denke ich, dass es gute Ergebnisse auf der Gesamtprojekt- bzw. Raumbene sind. Ich habe mich jedoch gefragt, ob die Ergebnisse anders aussehen würden, wenn man jetzt ganz klassisch – wie beispielsweise in Sanierungsbeiräten oder Beteiligungsverfahren – vorgegangen wäre. Inwieweit hat die Zeitebene, die das eigentlich Besondere an diesem Projekt ist, die Ergebnisse beeinflusst? Um zu diesem eigentlich besonderen Thema – diesem Raum-Zeit-Verhältnis – zurückzukommen: Da beschäftigt mich sehr die Frage, ob sich die Annahmen, die hinter den analytischen und konzeptionellen Überlegungen über eine andere Organisation der Stadt liegen, eigentlich verifiziert haben. So richtig ich die Annahmen finde, die im Rahmen des Projektes erarbeitet worden sind, frage ich mich dennoch, ob sich das in diesen Dialogverfahren in sehr spezifischen Anforderungen niedergeschlagen hat.



Und da bin ich mir ganz offen gesagt sehr unsicher, was vielleicht aber auch an mangelnder Information über Ihre Ergebnisse liegt. Ich weiß um ein paar Effekte, die es im Hinblick auf die Schule gehabt hat, könnte mir aber auch vorstellen – da wir das jetzt auch nicht nur an der HafenCity diskutieren – dass das wiederum mit diesem besonderen „Fokus der Gesellschaft“ zusammenhängt, beispielsweise mit dem, was wir in der Schuldiskussion insgesamt zur Zeit in Hamburg und in Deutschland diskutieren (PISA, Zwei-Säulen-Modell der Schule, Stadtteilschulen usw.). Also das ganz Spezifische der HafenCity beschäftigt mich sehr, weil man ja noch einen Schritt weiter gehen könnte und z.B. fragen könnte: Könnte die HafenCity noch interessanter werden, wenn die Leute, die heute diese Schule im Wesentlichen nur von außen wahrnehmen, sich da auch ansiedeln würden oder Lust bekämen, sich da anzusiedeln?

Dann ist mir aufgefallen, dass die Thematik der Unternehmenszusammenhänge im Rahmen von Dialogverfahren überhaupt nicht mehr auftaucht. Mittlerweile kenne ich ein paar Unternehmen dort – z.B. Unilever, Kühne & Nagel, SAP, ChinaShipping und noch ein paar mehr, die bald kommen. Vielleicht ist es eines Tages auch der Spiegel und andere – und da würde ich mir wünschen, dass dieser interessante, über das Standardthema hinausgehende Ansatz weiter verfolgt wird und folgende Fragen dafür beantwortet werden: Inwieweit beteiligen sich eigentlich Unternehmen? Sind sie jetzt mit einbezogen? Hätten die auch besondere zusätzliche Erwartungen, die zu einer inneren Vernetzung in dem Quartier beitragen könnten? Das finde ich auch einen interessanten Aspekt im Hinblick auf eine Zielvorstellung, die wir aus der Analyse ableiten können. Wir werden anders arbeiten. Frauen werden eine andere Rolle spielen, anders vernetzt sein und eingebunden sein. Und daraus resultiert auch ein gewisses Modell, das wir in Teilen theoretisch abstrakt in unseren Köpfen haben. Aber bestätigt sich das jetzt eigentlich? Und geht es auch einen Schritt hinaus über das, was wir „nur“ auf der Raumebene (so positiv ich die finde) diskutieren?

Diskussion

Dieter Läßle

In der HafenCity war sicherlich einer der wichtigen Ansätze der Versuch, auch die Unternehmen in die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit einzubeziehen. Nur das erwies sich als außerordentlich schwierig. Es gab sehr gute Beispiele, wie zum Beispiel die Reaktionen alteingesessener Unternehmen wie Gebrüder Heinemann, die da sehr offen waren. Und es gab auch junge Unternehmen, in denen selbst Väter in der Geschäftsleitung waren, die mal eine Elternauszeit genommen haben und die sehr offen waren. Aber insgesamt war das Problem, dass man es ja nicht mit Unternehmen zu tun hat, sondern im Unternehmen mit Personalchefs, die beispielsweise überhaupt nicht wissen, wo die Probleme ihrer Leute liegen. Die kennen nur die konventionellen Problemstellungen und behaupten steif und fest, das Problem der Kinderbetreuung gäbe es bei ihnen nicht, das sei eine Frage des Wohnortes. Die ganzen Befragungen machen jedoch deutlich, dass die Problematik – zumindest zum Teil – auch anders liegt. Da denke ich, dass wir einen Einstieg und eine Sensibilisierung geschafft haben, aber wir müssen daran noch viel länger arbeiten, um es umsetzen zu können. Und ich bin überzeugt, wenn diese Unternehmen – wie Unilever, Spiegel usw. – umziehen, dann hätte man auch eine ganz andere Basis, um die Probleme zu thematisieren. Wenn die Schule als Angebotsstruktur dasteht und qualitative Angebote vorhält, hätte man auch andere Ansatzpunkte. Mit anderen Worten: Es hat auch vieles mit dem Zeitfenster zu tun, in dem wir aktiv sein konnten.

Die andere Sache, die Sie aufgeworfen haben, Herr Walter ist eine sehr grundsätzliche Frage. Sie sagen: „Gute Ergebnisse auf der Raumebene“. Es ist evident und das ist natürlich ein grundsätzliches Problem der Stadtplanung: Stadtplanung hat gut funktioniert, solange wir eine einigermaßen normierte Zeitstruktur hatten. Damit konnten wir auch standardisierte Lösungen anbieten. Doch inzwischen ist deutlich, dass es das nicht mehr gibt. Nun kann die Lösung aber auch nicht sein, dass wir völlig individualisierte Raumpläne erstellen und darüber noch Zeitpläne packen. Ich würde die Perspektive eher in der Weiterentwicklung und Qualifizierung von Stadträumen von reinen Standorten zu sozialen und ökonomischen Wirkungsfeldern sehen, die in der Lage sind, mit entstandardisierten Zeitstrukturen umzugehen und die das Problem aufgreifen, dass Arbeitswelt und Lebenswelt nicht mehr getrennte Welten sind, sondern zunehmend ineinander geschoben sind. Mein Interesse wäre, ein neues Verständnis von Raum zu erwarten: Dass wir es mit dynamischen Räumen zu tun haben, die Raum-Zeit-Konfigurationen verarbeiten können müssen. Und damit haben wir es auch immer mit sozialen Räumen zu tun. Es ist eben nicht die Raumfolie außerhalb der sozialen Prozesse, sondern der Raum, der Resultat von Interaktionen ist und der sich – strukturiert mit gewissen Vorgaben – in Selbstregulation und Selbstorganisation konstituiert. Eine Voraussetzung für die Schaffung selbst tragender Strukturen städtischer Räume ist dann gegebenenfalls ein Schiedsrichter, der Asymmetrien thematisiert und notfalls skandalisiert, vor allem wenn es



nur Veränderungsinteressierte gibt und die Veränderungsbedroffenen gar nicht in der Lage sind, sich selbst zu organisieren. Die Diversität aus dem Eingangsstatement ist ja nur brauchbar, wenn wir sie auch mit einem Gerechtigkeitskonzept verknüpfen, mit einem Konzept des sozialen Ausgleichs und der Nachhaltigkeit. Denn sonst kann diese Diversität enorm destruktiv sein, enorm ungerecht und ungleich.

Frank Engelbrecht

Ich fand es an dieser Stelle interessant, den Aspekt der Zeit im Verhältnis zum Raum noch mal stark zu machen. Ich bin ja wie gesagt von der Katharinenkirche und diese Kirche hat ein besonderes Verhältnis zur Zeit. Sie steht da schon Ewigkeiten – also seit ungefähr 750 Jahren – und wenn wir die Sanierung hinbekommen, dann noch mal so lange. Was mir an der ganzen Debatte um die HafenCity auffällt, ist dass Zeit auch ein ökonomischer Faktor ist. Das heißt wir arbeiten an verschiedenen Stellen auch unter Zeitdruck. Wir können nicht sagen, wir lassen uns ganz viel Zeit und belegen ganz viel Raum. Ich glaube, dass durch diese ökonomischen Interessen oder Notwendigkeiten auch Schwierigkeiten bei Beteiligungsprozessen entstehen, weil es auch Begrenzungen von Beteiligung gibt. Begrenzungen dessen, was man überhaupt machen kann, weil man beispielsweise auch bestimmte Investoreninteressen berücksichtigen muss. Es ist eben nicht alles möglich und man kann nicht alles machen, was man möchte. Es gibt in der HafenCity einen Zeitdruck, der auch etwas mit Ökonomie zu tun hat und mit dem Willen etwas entstehen sehen zu wollen.

Das führt für mich bei der Beteiligung zu der wichtigen Frage, wie wir diese Prozesse eigentlich moderieren. Ich finde das nämlich gar nicht so einfach. Sie haben beispielsweise gesagt, die HafenCity Hamburg GmbH könnte verstärkt in Moderationsprozesse einsteigen. Ich finde das ganz wichtig und empfinde das auch als einen sehr konstruktiven Dialog, in dem z.B. auch wir mit der HafenCity Hamburg GmbH stehen. Nur die Frage der Moderation ist nicht so ganz einfach, weil auch die HafenCity Hamburg GmbH selber Interessenträger ist und auch einen Auftrag hat. Auch die Katharinenkirche hat natürlich Interessen – auch ökonomische Interessen in Bezug auf unser Gebäude – aber ich finde den Punkt der Moderation und Organisation ganz wichtig.



Ingolf Goritz

Ich möchte unbedingt mal anknüpfen an diesen Geldwert des Raums. Es war vorhin von Entgrenzung die Rede. Entgrenzung kann dann relativ harmlos ablaufen, wenn der Raum nicht schon soweit vorstrukturiert ist, dass man schnell an die vorhandenen Grenzen stößt wie beispielsweise mit den Nutzungskonflikten im Schanzenviertel. Aber offenkundig zeigt sich auch in der Hafen-City: Der Raum ist so wertvoll, dass auch da – in einem neu zu strukturierenden Stadtteil – die Grenzen sehr eng neu gezogen werden und da schon wieder die gleichen alten Konflikte neu hervorgerufen werden.

Bianca Penzlien

Ich würde gerne anknüpfen an die Frage: Wen beteiligen wir? Wie können Nutzergruppen in einem solchen Beteiligungsverfahren, die nicht schon als faktische Nutzer vorhanden sind, einbezogen werden? Aus meiner Erfahrung im Projekt, das jetzt in der Hafen-City stattgefunden hat, erscheint mir die Frage der Information sehr bedeutend: Welchen Informationsstand setzen wir eigentlich bei der Gestaltung von solchen Beteiligungsprozessen voraus? Und wie sorgt man für eine Nivellierung dieses Informationsstandes bei den verschiedenen Beteiligten, die als Basis für den Einstieg in einen Prozess der Beteiligung gilt? Und da kann ich mir gut vorstellen, dass zum Beispiel Chronomaps sehr gute Instrumente sind, die sicherlich einen gewissen Aufwand bedeuten, die aber auf der anderen Seite eine sehr anschauliche Möglichkeit bieten, raumzeitliche Prozesse sichtbar zu machen.

Neben diesem Thema Informationsstand ist es aus meiner Erfahrung aber auch ganz wichtig, zu berücksichtigen, welche Möglichkeitsräume in unterschiedlichen raumzeitlichen Kontexten für Beteiligungsprozesse gegeben sind. Es war schön, das hier an den drei unterschiedlichen Beispielen des VERA-Projektes zu sehen, dass da ganz unterschiedliche Voraussetzungen gegeben waren; unterschiedliche Forderungen, die an solche Beteiligungsprozesse gestellt werden, aber auch ganz andere Möglichkeitsräume, die zu Beginn des Prozesses vorhanden waren. Eine wichtige Funktion von Forschungsprojekten, die eine Brücke zwischen Praxis und Theorie schlagen wollen, ist es, herauszufinden, welche Möglichkeitsräume für Beteiligungsverfahren da sind und welche Potenziale durch den Einflussbereich eines solchen Forschungsprojektes noch erschlossen werden können. Denn ich glaube, wenn man nicht von vornherein eine gewisse Sicherheit darüber hat, welche Rahmenbedingungen man für Beteiligungen vorfindet und welche Möglichkeiten der Erweiterung realistisch sind, ist das eine schlechte Voraussetzung um so einen Prozess zu gestalten. Man weckt dann auf verschiedenen Seiten Erwartungen, die gar nicht befriedigt werden können. Ich glaube, dass es dabei auch wichtig ist, sich zu fragen, welche Akteure zwingend zu welchen Bereitschaftslevels bewegt werden müssen, um da auch eine Vertretung aller möglichen Gruppen zu haben, die dann zum Erfolg eines solchen Projektes letztlich beiträgt.



Nicht zuletzt möchte ich in Bezug auf die Frage, die Sie auch aufgeworfen haben, noch mal sagen, dass die HafenCity Hamburg GmbH aufgrund ihres speziellen Auftrages als Moderator sozialer Prozesse schlecht dienen kann, wie Sie es auch schon angedeutet haben, Herr Engelbrecht. Ihnen als Akteur würde so eine Rolle im Sinne eines neutralen Betrachters auch schwer fallen, obwohl es aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung tatsächlich schon näher liegen würde. Ich glaube, in solchen Zusammenhängen ist man immer gut beraten, sich jemanden von außen zu holen, der eine gewisse Neutralität in Bezug auf das Projekt und in Bezug auf die inhaltlichen Fragestellungen mitbringt.

Ich würde noch einen letzten Punkt zur Familienfreundlichkeit anmerken wollen. Es hat sich mehrfach durchgezogen, dass auch auf die Familienfreundlichkeit des Wohnstandortes HafenCity Wert gelegt werden sollte. Ich denke, dass man diesen Aspekt unter zwei Aspekten untersuchen muss: Zum einen stellt sich die Frage, wie die „normale“ Familie heutzutage eigentlich aussieht. Zum anderen sollte geklärt werden, inwiefern die Innenstadt, zu der die HafenCity ja zumindest in ihren westlichen Bereichen gehört, heute tatsächlich der Familienstandort für die „Durchschnittsfamilie“ per se ist. Das würde ich als zwei Rahmenbedingungen für die Beurteilung oder Förderungsfähigkeit der HafenCity als besonderen Familienwohnstandort berücksichtigt wissen wollen.

Andreas Gleim

Ich denke, ein Aspekt, den man deutlich an Ihrer Arbeit sehen muss, ist: Es gibt Schwächen in der Zusammensicht von räumlichen und zeitlichen Strukturen. Sie bewegen sich eigentlich, wenn es auf die Hardware kommt, immer nur in räumlichen Strukturen. In dem mittleren Beitrag wurde durch diesen Punkt Öffnungszeiten deutlich, dass die Blickrichtung auf den Bebauungsplan nur die halbe Wahrheit ist. Eine Gastronomie im Stephanieviertel, die um 15 Uhr dicht macht und nur die Leute vom Weserkurier verköstigt, ist kein Problem für die Anwohner. Eine Gastronomie, die am Schulterblatt erst um 24 Uhr aufmacht und Leute aus dem Hamburger Umland zu einer Fahrt in die Stadt anregt, ist möglicherweise doch ein Problem für die Anwohner.

Ich denke an die Frage der Nutzungskonflikte und Zugangschancen beim Beispiel dieser Schule und dieser Kita. Ein kleines Communitycenter, das um die Schule entstehen wird, ist ja eigentlich kaum abhängig von der Frage, ob der Schulhof auf dem Dach ist oder nicht und ob die Architektur eher rund oder mehr eckig ist, sondern es hängt entscheidend von den administrativen Zugangsbedingungen ab: Wer kriegt einen Kita-Gutschein? Wie viele Kinder darf die Schule aufnehmen? Ich hatte es vorhin gesagt, dass wir in diesem Punkt an jeder Ecke mit Regulativen rechnen müssen, die nicht die Bauregulative sind, sondern die Nutzungsaufgaben oder Subventionsentscheidungen von Geldgebern sind. Wer darf die VHS in Bremen besuchen, wenn in Bremen der nächste Haushaltsrückstand kommt und die Gebühren der VHS werden erhöht? Diese Frage entscheidet, ob die VHS im Stephanieviertel mehr als nur baulich beheimatet sein wird. Und ich denke da geht die Arbeit eigentlich erst los, wenn man den Blick richtigerweise stadtplanerisch löst – von der äußeren Gebäude-

hülle und sich Lebenswelten anschaut und Lebensqualitäten definieren will.

Anne Vogelpohl

Noch einmal kurz zu dem Faktor Zeit im VERA-Projekt. Da haben Sie, Herr Walter, eine richtige Wahrnehmung, dass wir hier vor allem räumliche Implikationen dargestellt haben und die Frage der Zeit eigentlich ganz vielfältig und anders einbezogen werden müsste. Dies tut unser Projekt auch, doch heute sollten die Schnittstelle Theorie-Praxis und die Rolle von Realexperimenten im Vordergrund stehen, die bei uns vor allem räumlich verankert waren. Wie Zeit auch ökonomisch bewertet wird, wie sie auch physisch existiert, in Form eines Gebäudes vielleicht, oder auch subjektiv wahrgenommen wird – und wie das letztendlich unterschiedliche Ebenen sind, die wieder zusammengeführt werden können, das sind alles Fragen, mit denen wir uns beschäftigt haben. Dann zu der Anmerkung, dass man sich natürlich darüber bewusst werden muss, welche Situation man vorfindet und welche Akteure einzubeziehen sind und welche nicht. Auch der Zeitpunkt, zu dem so ein Projekt in ein Quartier kommt und die Möglichkeiten, die sich dort bieten, sind eine ganz entscheidende Frage. Ganz konkret eingehen möchte ich dabei auf das Problem der Abhängigkeit von Persönlichkeiten, das sich im Realexperiment immer wieder stellt. Auf wen trifft man vor Ort? Wird es akzeptiert, dass da ein wissenschaftliches Projekt kommt, das irgendwelche Zwecke verfolgt und plötzlich eine Rolle einnehmen will? Da kann einerseits das Problem auftauchen, dass die Einführung eines Teilnahmeverfahrens als zu kompliziert empfunden wird. Bei meinen Praxispartnern hatte ich mehr den Eindruck, dass sie dachten: „Spuckt uns hier nicht in die Suppe. Wir haben das alles im Griff und wir haben doch hier eine Form von Teilnahmestrukturen und wir beschäftigen uns mit allen Problemen, die es hier gibt. Was wollt ihr überhaupt hier?“ Und dass man dann immer wieder klarmachen muss, dass man Praxisakteuren auch keine Aufgaben abnehmen will, sondern dass man nur als Katalysator für bestimmte Dinge wirken will.

Ulrich Mückenberger

Ich wollte noch mal unterstreichen, dass wir mit dem zeitlichen Zugang den Lebenslagenbezug auf die Stadt als ganzheitlichen Bezug zuspitzen. Wenn man in Lebenslagen denkt, denkt man nicht in Ressorts. Aus der Lebenslage und dieser Variabilität der Zeitstrukturen heraus betrachtet, wird das Problem ersichtlich, dass Ressorts oder Institutionen nebeneinander planen. Und das ist schon etwas Neues, wenn auch vielleicht etwas nur graduell Neues.

Jörn Walter

Noch einmal zu der Frage der Wirkung des Projektes: Ich selbst stelle mir ja auch häufiger die Frage: Was war es jetzt eigentlich, was gewirkt hat? Man beschäftigt sich ja viel mit diesen Fragen und kommt doch nie richtig zu einer Antwort. Und ich glaube auch, dass in diesem Projekt gute und richtige Informationen herausgekommen sind.



Eine Problematik möchte ich noch benennen: Wir haben ja bisher wenige Bewohner und die Schulakteure, mit denen Sie gesprochen haben, sind vermutlich im Augenblick noch andere. Mich beschäftigt jetzt die Frage: Ist die HafenCity eigentlich ein kindgerechter Stadtteil oder nicht? Ich stelle fest, dass entgegen unserer Vermutungen zunehmend Leute mit Kindern dorthin ziehen, die tatsächlich andere Raum-Zeit-Muster haben. Ich habe neulich einen Menschen getroffen, der in London, Kopenhagen und Hamburg Büros hat und dazwischen pendelt und eine Familie mit Kindern hat, die wieder woanders wohnt. Er hat sich zuerst eine Zwei-Zimmer-Wohnung am Sandtorkai in der HafenCity gekauft und hat nun entschieden, mit seiner Familie in eine große Vier-Zimmer-Wohnung am Kaiserkai zu ziehen. Also ein ganz interessanter Effekt. Ich weiß jetzt nicht, ob er wegen der Schule dorthin zieht oder nicht – das wäre mal interessant herauszufinden.

Und daraus ergibt sich eine weitere Aufgabe, nämlich die, neben den Erwartungen derer, die heute an der Katharinenschule sind, auch die Erwartungen der neuen Bewohner mit einzubeziehen. Wie sind diese Bedürfnisse jetzt auch mit diesem Raum-Zeit-Schema kompatibel zu machen? Das ist ja ein Grundkonflikt, den wir in der HafenCity eigentlich schon sehr stark und wahrscheinlich zunehmend beobachten werden. Die HafenCity wird aufgrund ihrer Lage ein doppeltes Problem haben: Erstens, dass zunehmend Leute, die dort wohnen oder arbeiten da sind, die sehr stark lokale Eigeninteressen formulieren werden. Und das werden nicht wenige sein, da bin ich mir ganz sicher. Auf der anderen Seite ziehen natürlich auch einige der Attraktionen, die wir schaffen, ein enormes permanentes Außenpublikum an. Das haben wir vor dem Hintergrund der Belebung und anderen Vorstellungen, die wir über Stadt haben, ja auch immer als Ziel vertreten.

Es ist jedoch klar, dass darin ein Konfliktpotenzial angelegt ist, das vielleicht im Augenblick noch nicht so richtig zu fassen ist, weil man noch zu wenig Masse an Bewohnern hat. Es ist jedoch interessant, herauszufinden, wie das Raummuster eines solchen Menschen ist, der sicherlich anders lebt, als derjenige, der sich in Volksdorf eingelebt hat. Welche Erwartungen hat der an die Schulsituation seiner Kinder? Ist das kompatibel mit den Erwartungen der Menschen, die in der Innenstadt arbeiten und ihre Kinder dort abgeben? Und was hat das für Folgen für die räumliche Konfiguration (neben den traditionellen Themen, die wir haben, wie z.B. die Frage, ob die Schule ausreichend Freiflächen hat oder ob eine Schule dreigeschossig sein darf oder nur zweigeschossig).

Die HafenCity ist natürlich von der öffentlichen Beteiligung und vom Dialog her bislang rein außengesteuert. Es reden in diesem Projekt nur Leute, die dort nicht selbst wohnen oder arbeiten. Und einen ersten Schritt in diesem Projekt sehe ich darin, eine parallele Struktur aufzubauen, die auch die Innensicht der HafenCity deutlich macht. Das wurde übrigens auch aus der jüngsten Architekturdiskussion deutlich, in der sich einige der Bewohner richtig verunglimpft und emotional angegriffen fühlten. Das ist auch ein Hinweis darauf, dass wir zunehmend Vor-Ort-Akteure beteiligen

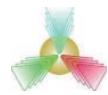
müssen. Spätestens in den nächsten Jahren steht das im größeren Stil an, weil dann der Dalmannkai richtig Masse an neuen Bewohnern bringen wird. Dann ergibt sich auch eine Gesamtzahl an Bewohnern, aus der man – bei den üblichen vielleicht drei oder fünf Prozent, die sich auch wirklich interessieren – eine Gruppe zusammenbekommt, mit der man tatsächlich auch arbeiten kann. Wir hatten vor einem Jahr bereits so einen Konflikt an anderer Stelle mit den Straßen – und diese Konflikte werden zunehmen. Wir werden jetzt zwei Jahre lang vor erheblichen Baumaßnahmen stehen und da stecken auch Konflikte drin. Jetzt gehen Philharmonie, Überseequartier, U-Bahn und tausend Projekte parallel in Bau und das ist ein ganz anderes Konfliktpotenzial, wenn am Sandtorkai nicht nur PKWs stehen sondern ein LKW nach dem nächsten durchrauscht.

Hartwig Backenhaus

Mich hat interessiert, was Sie, Herr Läßle, heute morgen am Ende ihrer Einführung gesagt haben. Sie haben darauf hingewiesen, dass neben den alten administrativen Lösungen wie Verboten, auch die Möglichkeit der Aushandlung von Lösungen besteht. Das interessiert mich als Anwohner natürlich besonders. Ich habe allerdings das Gefühl, dass es da eine zeitsoziologische Asymmetrie gibt zwischen Nutzern und Bewohnern. Die Benutzer sind nur vorübergehend da, sie kommen und gehen, aber die Anwohner sind tendenziell immer da. Daher kann ich mir noch nicht so richtig vorstellen, wie diese Abmachungen oder Absprachen lauten könnten. Denn die Bewohner können ja im Gegensatz zu den Nutzern nicht auf ihre Nutzung, das Wohnen, verzichten, wohingegen man mit den externen Nutzern aushandeln könnte, dass sie zu anderen Zeiten kommen oder gar nicht oder wie auch immer. In diesem Sinne können die Bewohner auch gar nicht die Absprachen, die getroffen werden oder wurden, verletzen. Sie können nicht „nicht wohnen“ während die auswärtigen Nutzer diese Absprachen sehr wohl verletzen können und es auch täglich und in jeder Nacht machen. Insofern fände ich es spannend, ob es nicht doch noch einen anderen Entwurf geben müsste zwischen dieser alten Administration und einer neuen Aushandlungspolitik. Ich glaube, so geht es noch nicht. Diese Asymmetrie ist für mich einfach übergreifend.

Ulrich Mückenberger

Man kann in der Stadtentwicklung generell beobachten, dass zeitweilige Bevölkerungen ein relativ größeres Gewicht gewinnen gegenüber der ansässigen Bevölkerung. Und das kann man meiner Ansicht nach nicht einfach zugunsten der ansässigen Bevölkerung entscheiden, nur weil die anderen sozusagen die Wahl haben, dahin zu gehen oder nicht, sondern man muss Verfahren schaffen, um diese absehbaren Konflikte zu lösen. Diese zeitweiligen Bevölkerungen sind sehr viel schwerer zu fassen und ein Teil unserer Verfahren geht genau dahin, diese Bevölkerung überhaupt greifbar und artikulationsfähig zu machen, weil das die Voraussetzung ist für Verhandlungs- und Kompromissbildung.



Anne Vogelpohl

Es wurde angesprochen, welches Maß an Vielfalt notwendig und möglich ist. Und dabei haben wir zwei Perspektiven sehr stark gegenübergestellt: Die Anwohner, die sich bedroht fühlen von den Nutzern, die von außen kommen und die ihr eigenes Leben nicht mehr so realisieren können, und auf der anderen Seite eine höhere Mobilität in der Gesellschaft, die akzeptiert werden muss, da es das Bedürfnis nach Räumen gibt, die von zeitweiligen Nutzern benutzt werden. Und es kann nicht entweder das eine oder das andere in den Vordergrund gestellt werden. Vor allen Dingen geht es darum, herauszufinden, welches Maß beispielsweise an zeitweiligen Nutzern aber auch an anderen Formen von Vielfalt überhaupt tragbar ist und ab wann die Balance wieder kippt. Und im Schanzenviertel ist es auf jeden Fall so, dass eigentlich eine Art Homogenisierung stattfindet, die nicht gewünscht ist. Das Oberziel der Realexperimente waren Beteiligungsstrukturen und auch die Suche nach Aushandlungsformen neben institutionalisierten Beteiligungsstrukturen. Herr Söffler, Sie hatten vorhin von den Nachbarschaftsverträgen gesprochen. Vielleicht können Sie dazu ein paar Sätze sagen und darstellen, wie das funktioniert hat.

Detlef Söffler

Die Nachbarn, die zwei Nutzungen nebeneinander hatten, sind miteinander ins Gespräch gekommen und keiner hatte die Macht, den anderen über den Tisch zu ziehen. Da sie weiter eine gute Nachbarschaft miteinander halten wollten, sind sie miteinander in Verhandlung gegangen und zu der Lösung gekommen, dass man den Bewohnern neue Fenster finanziert. So einfach ist das dann manchmal. Dann ist das Problem weg. Vielleicht taucht es ein paar Monate später wieder auf, weil dann Leute auf dem Parkplatz stehen und man hört, wie die nachts reden und so weiter. Es gibt eben Konflikte in bestimmten Wohnlagen, die man manchmal gar nicht ändern kann. Dann muss man sagen: Wer da wohnt, weiß auch, dass er da wohnt. Und das Wohnen ist auch nicht immer ursprünglich, denn ursprünglich ist oft die Mischung. Aber es ist viel möglich mit weichen Verfahren. In Gerichtsverfahren wird man da auch nicht viel weiter kommen.

Außerdem möchte ich das VERA-Projekt sehr lobend erwähnen, weil es für unsere Verwaltung genau im richtigen Moment gekommen ist: In dem Moment, in dem große Veränderungen anstanden – z.B. die Verlagerung der Volkshochschule – sind sowohl Bewohner, die seit langen Jahren dort wohnen und aktiv sind, als auch der Beirat aufmerksam geworden und keiner war sich sicher, ob er mehr Buntheit oder mehr Ruhe haben will. Da das Ziel nicht wirklich klar war, war es einfach eine diffuse unsichere Situation. Und durch die Moderation und die Organisationsform von Entscheidern in Foren bis hin zu Fokusgruppen, in denen dann im Detail gearbeitet werden konnte, ist es dann gelungen, sprachfähig zu werden. Dadurch hat man eine gemeinsame Sprache und eine gemeinsame Position gefunden, wodurch die Verhältnisse in Fluss geraten sind. Und ich glaube, dass hierdurch Formen bürgerschaftlicher Selbstorganisation entstanden sind, die auch dann noch tragfähig sind, wenn das Projekt zu Ende sein wird.

Ulrich Mückenberger

Noch ein Schlusswort: Sie haben gesehen, dass wir mit dem VERA-Projekt ein anderes Wissenschaftsverständnis entwickeln und geltend machen. Das traditionelle Wissenschaftsverständnis ist eher beobachtend und auswertend und funktioniert nach einem „Wenn-dann-Schema“: Nämlich wenn bestimmte Dinge sich so verhalten, dann folgt das und das. Der Typ von Wissenschaft, den wir in diesem Projekt verfolgen, folgt eher einem „Um-zu-Schema“. Wir wollen mit den Beteiligten etwas erreichen und die Frage ist: Wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Wissenschaftstheoretisch betrachtet müssen dafür in Realexperimenten drei Formen von Wissen berücksichtigt werden:

- 1) Systemwissen: Nach welchen Regeln funktionieren das System und die Abläufe, z.B. bei der Bauleitplanung oder in einem Unternehmen?
- 2) Zielwissen: Welches Wissen kann ich mobilisieren, um Ziele formulieren zu können, die in einem Prozess erreicht oder vorangetrieben werden sollen?
- 3) Transformationswissen: Welche Wissensbestände sind notwendig, um zu erfahren, wie das, was wir wissen, in die Praxis umgesetzt wird? Wie können Wissensbestände praxisrelevant werden? Welche praktischen Hindernisse und welche Chancen stellen sich in bestimmten Situationen?

Und ich bin überzeugt, dass sowohl die Ebene des Zielwissens als auch die des Transformationswissens ohne Wissenschaft-Praxis-Kontakte überhaupt nicht funktionieren können. Das Zielwissen könnte man nicht wissenschaftlich am grünen Tisch formulieren. Und das Transformationswissen setzt die Expertenschaft von Praxis genauso voraus wie die Expertenschaft von Wissenschaft.

Ich glaube, das reicht vielleicht für heute. Ich darf im Namen des VERA-Teams noch mal allen Teilnehmern für die Kooperation danken, die für uns aus den besagten Gründen essentiell war.





Bildnachweis

- Foto S. 4: Eigene Aufnahme.
- Foto S. 5: Wiebke Kaiser.
- Foto S. 6 (links): Homepage Stephaniviertel. Download unter: www.stephaniviertel.de, letzter Zugriff am 25. April 2007.
- Foto S. 6 (rechts): Homepage HafenCity Hamburg. Download unter: www.hafencity.com, letzter Zugriff am 25. April 2007.
- Foto S. 7: Homepage Schule Bei der Katharinenkirche. Download unter: www.hh.shuttle.de, letzter Zugriff am 25. April 2007
- Foto S. 10: Eigene Aufnahme.
- Foto S. 13: Eigene Aufnahme.
- Foto S. 16: Eigene Aufnahme.
- Foto S. 19: Eigene Aufnahme.
- Foto S. 23: Eigene Aufnahme.
- Foto S. 26: Eigene Aufnahme.



Kontakt:

Team Zeitpolitik/Projektkoordination

Prof. Ulrich Mückenberger

Universität Hamburg
Forschungsstelle Zeitpolitik
Rentzelstraße 7 (Raum 309)
20146 Hamburg
E-Mail: info@forschungsstelle-zeitpolitik.de

Team Geographie

Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge

Universität Hamburg
Fakultät für Mathematik, Informatik und Naturwissenschaften
Department Geowissenschaften
Bundesstraße 55
20146 Hamburg
E-Mail: ossenbruegge@geowiss.uni-hamburg.de

Team Stadtökonomie

Prof. Dr. Dieter Läßle

HafenCity Universität Hamburg
Department Stadtplanung
Institut Stadt- und Regionalökonomie
Schwarzenbergstraße 95 D
21071 Hamburg
E-Mail: stadtoekonomie@hcu-hamburg.de

Redaktionelle Bearbeitung:

Dipl.-Ing. Sara Nierhoff
Dipl.-Ing. Henrik Stohr

